FRIEDENSZEITUNG
NR. 17 JUNI 2016

1 Gespräch über die Versöhnungsarbeit in Ruanda
6 Die nachhaltige UNO-Agenda 2030 und die Schweiz
10 Das Flüchtlingsnetzwerk am Gartenhof in den 30ern
13 Aus der Friedensarbeit: SCI-GUS und Kiental
14 Gertrud Woker, Chemikerin, Friedenskämpferin
18 Sicherheitsbericht 2016: Kollektiv, please!
22 Zumach zum Nato-Gipfel in Warschau im Juli
24 Menschenstrom gegen Atom am 16. Juni in Beznau

Die ruandische Friedens- und Menschenrechtsaktivistin Justine Mbabazi im Gespräch

Versöhnungsdialog in Ruanda

Während des 100 Tage dauernden Genozids im Jahre 1994 stand das ostafrikanische Land Ruanda im Fokus der Weltöffentlichkeit. Zwei Jahrzehnte später gilt es als Musterbeispiel für Versöhnungsarbeit. Die Juristin Justine Mbabazi spielte eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau des Landes und der starken Rolle der Frauen im öffentlichen Leben. Anlässlich eines Besuches in der Schweiz sprach die FRIEDENSZEITUNG mit ihr über ihre Erfahrungen mit der Übergangsjustiz und bei der Konfliktbewältigung.

/ Virpi Luoma /

Das Jahr 1994 weckt dunkle Erinnerungen bei den Menschen in Ruanda. Zwischen April und Juli wurden schätzungsweise 800'000 bis eine Million Tutsis und moderate Hutus von Hutu-Soldaten und -Mitbürgern getötet. Der Genozid brach aus, als ein Flugzeug, in dem der Hutu-Präsident Juvénal Habyarimana reiste, abgeschossen wurde. Die komplizierte Situation, mit gesellschaftspolitischen Wurzeln in der Kolonialgeschichte und der Hutu-Revolution von 1959, hat sich inzwischen in einen erfolgreichen Versöhnungsprozess verwandelt.

«Heute steht Ruanda für gute Nachrichten in der Friedens- und Gleichstellungsarbeit», sagt Justine Mbabazi. Sie versteht die komplexe Geschichte Ruandas mit dem Herzen und dem Verstand, denn sie selber wurde im Jahr 1964 in Uganda als Kind ruandischer Flüchtlinge geboren, überlebte den Genozid und absolvierte später einen Master in Internationalem Recht am Washington College of Law. Eine der grossen Errungenschaften Mbabazis in Ruanda ist die Einführung eines Gesetzes, welches Gewalt gegen Frauen und Kinder strafbar macht. Es wurde im ruandischen Parlament im Jahr 2006 einstimmig angenommen.

Wie man Männer zu etwas bringt

Wenn sich Justine Mbabazi an die Ausarbeitung des Gesetzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt erinnert, unterstreicht sie die Bedeutung der Dörfer in Ruanda. «Das System in Ruanda bezieht die Bevölkerung mit ein. Wir haben tatsächlich ein Parlament, das von Dorf zu Dorf geht und sich beraten lässt, anstatt die ganze Zeit im Parlamentsgebäude zu sitzen», erzählt Justine und fährt fort: «Bei der Ausarbeitung des Gesetzes haben wir die Parlamentsmitglieder, vor allem Männer, dazu ermutigt, mit den Menschen zu sprechen und die Dorfbewohner zu fragen, was sie von dem Gesetz halten.»

Die Lobbyarbeit der Frauenrechtsaktivistinnen erforderte damals eine besondere Herangehensweise. Wenn es darum ging, für die Sache zu argumentieren, wurde den Mitgliedern des Parlaments empfohlen, die Worte Mutter, Tochter und Schwester anstatt das Wort Ehefrau zu verwenden. «Es ist eine völlig andere Sache zu fragen, wie würden Sie sich fühlen, wenn Ihre Mutter vergewaltigt oder Ihre Schwester geschlagen würde, als dasselbe über Ehefrauen zu fragen. Jeder Mann würde einen Weg finden, um seine Mutter, Tochter oder Schwester zu verteidigen, aber es ist schwieriger bei Männern, den gleichen Respekt für Ehefrauen zu finden», erklärt Justine. Dieses Gedankenspiel trug dazu bei, dass das Gesetz mit grosser Mehrheit angenommen wurde, einer der stolzesten Momente in Mbabazis Karriere.

Wie die Ausarbeitung und Verfassung des Gesetzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt zeigt, erfordert die Gleichstellung der Geschlechter auch die Beteiligung von Männern. «Wenn Männer am Prozess der Gleichstellung der Geschlechter nicht beteiligt sind, wird das System langsam sein. Männer sind gerne an der Macht,



Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

also müssen sie das Gefühl haben, beteiligt zu sein. Bezieht sie ein und packt die Dinge an. Im Jahr 2008 wurde Ruanda das weltweit erste Land mit mehr weiblichen als männlichen Mitgliedern im Parlament. Aber Frauen müssen nach wie vor Lobbyarbeit machen und Hintergrundinformationen anbieten, um Männer über Gender Mainstreaming zu informieren», rät Justine Mbabazi.

Beratungen mit der Dorfbevölkerung

Nach Justine Mbabazi basiert die Regierungsarbeit Ruandas auf Beratungen. In Ruanda wird alles, von der Gesundheitsfürsorge bis zur Landwirtschaft, von den Frauenrechten bis zur Bildung, auf Dorfebene besprochen. Bevor die Entscheidungen aus dem Parlament bekanntgegeben werden, sind sie bereits in den Dörfern, unter Nachbarn diskutiert worden. Das wird als Bottom-Up-Ansatz bezeichnet. «Was das Parlament entscheidet, ging bereits durch die Augen und Ohren der einfachen Leute. Sie müssen keine Ausbildung haben, denn das ruandische System ist so traditionell, lokal und angepasst, dass jeder und jede – Männer und Frauen, Jung und Alt – teilnehmen kann», sagt Mbabazi. Die Regierung wird einfach als eine Struktur angesehen, während die Menschen die wahre Macht auf Dorfebene haben. So fühlen sich die Menschen als Teil des Systems und der Staatsführung.

Eines der wichtigsten Elemente der ruandischen Tradition ist das kommunale Justizsystem, bekannt als Gacaca-Gericht. Historischen und kulturellen Traditionen zufolge hatte früher jeder Dorfbewohner und jede Dorfbewohnerin die Möglichkeit, Gerechtigkeit bei den Vertrauenswürdigen ihrer lokalen Dorfgemeinschaft zu suchen. Mit der Kolonialisierung und der Ankunft des westlichen Rechtssystems brach die jahrhundertealte Rechtstradition ab.

Wiedereinführung des traditionellen kommunalen Justizsystems

Nach dem Genozid hatte die neue Regierung der Ruandischen Patriotischen Front Mühe damit, Recht zu sprechen, da mehr als 100'000 Menschen wegen Genozid, Kriegsverbrechen und den damit verbundenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt waren. Im Jahr 2001 wurde das traditionelle kommunale Justizsystem wieder eingeführt, um sich, neben dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, ebenfalls mit der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und den Sanktionen zu befassen.

Eine der Herausforderungen nach dem Genozid war der Kampf gegen die Korruption, die etwa auch Lehrer und Lehrerinnen betraf. Historisch gesehen war Bildung in Ruanda sehr diskriminierend, weil die Tutsis lange nicht die gleichen Bildungschancen hatten wie die Hutus. Nach dem Genozid musste die Regierung mit dieser Frage sorgfältig umgehen, da jedes Kind das Recht auf Bildung hat. Der Weg von diskriminierender Bildung zu den höchsten Einschulungsraten auf Primarstufe in Afrika war lang und hart.

Koexistenz und Integration gefördert

Die Regierung übernahm die Verantwortung, jedem Kind eine Grundschulbildung zu bieten. Wichtiger Teil der Grundschul- und der Vorschulerziehungsreform in Ruanda war, dass die Ausbildung kostenlos und verpflichtend gemacht wurde. Es wurden mehr Schulen in der Nähe von Familien gebaut und die Kinder bekamen eine kostenlose Mahlzeit in der Schule. All dies steigerte die Motivation der Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

Die Bedeutung des Dialogs wird auch im Schulsystem deutlich. Jeder und jede muss informiert sein und, wenn nötig, einschreiten, wie Justine Mbabazi sagt: «Geschlechtsspezifische, sexuelle Gewalt wird an den Schulen bekämpft, indem Vereine und Verbände gegründet werden. Schüler und Schülerinnen berichten den Eltern, Eltern berichten den Lehrern, und die Themen werden diskutiert. Alle haben das Gefühl, sie seien mitverantwortlich und betrachten es als ihre Aufgabe, zu reagieren und zu reden. Wenn du etwas Schlimmes beobachtest, musst du es ansprechen.»

Inklusivität, Koexistenz und harte Arbeit sind die Grundlagen der Friedensbemühungen in Ruanda. Nach dem Genozid mussten die Menschen wirklich verstehen, dass der Völkermord seine Ursache in der Spaltung der Bevölkerungsgruppen hatte. Koexistenz und Integration wurden gefördert, um überhaupt konstruktive Massnahmen ergreifen zu können. Ein erster Schritt in Richtung besserer Koexistenz war die Abschaffung von Identitätskarten und der Todesstrafe. Die einzige Möglichkeit, Diskriminierung gegenüber verletzlichen Gruppen zu stoppen, bestand darin, jeden und jede in die Gemeinschaft aufzunehmen.

Justine Mbabazi

Die international anerkannte 52-jährige ruandische Friedensaktivistin und Menschenrechtsanwältin Justine Mbabazi hat auf Einladung der *FriedensFrauen Weltweit* Ende Mai die Schweiz besucht. Sie hat jahrelang in der Friedens- und Versöhnungsarbeit gewirkt und an juristischen Reformen in Kanada, den USA, Afrika und Europa mitgearbeitet. Derzeit beschäftigt sie sich mit Empowerment und Capacity Building (Aufbau von Kapazitäten) von Frauen in Afghanistan, um sie auf politische Führungspositionen vorzubereiten. Weiter arbeitet sie am Aufbau eines neuen Justizsystems im Süd-Sudan. Vor ihrer Arbeit in Afghanistan und im Süd-Sudan spielte Justine Mbabazi eine wichtige Rolle in den Diskussionsforen zu Gleichstellung der Geschlechter in der ruandischen Verfassung.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Ruedi Tobler, Virpi Luoma, Ruedi Epple, Andrea Grossenbacher, SCI-Newsletter.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: zVg; Seite 4: Klett-Verlag; Seite 5: Virpi Luoma; Seite 6/7: Deutscher Übersetzungsdienst UNO; Seite 8/9: Martens/Oberland; Seite 9 oben: DEZA; Tabellen Seite 11/12: Ruedi Epple; Seite 15: Gosteli-Stiftung.

Druck: gdz AG, Zürich
Auflage: 2000 Ex., Juni 2016

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

myclimate PERFORMANCE neutral Drucksache
No. 01-16-109285 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C009035

Heutige Herausforderungen

Nachdem die Plattformen für Diskussionen funktionieren, sind politische Fragen nicht mehr die Hauptsorge in Ruanda. Für Justine Mbabazi sind die jüngsten Herausforderungen nun die Arbeitslosigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Es braucht langfristige Lösungen, um die Entwicklung Ruandas nachhaltig zu gestalten. Mbabazi sieht die künftige Entwicklung der ruandischen Gesellschaft in der Landwirtschaft und Bildung.

Die meisten Menschen leben von der Landwirtschaft, daher sind Investitionen und Innovationen, die die Landwirtschaft profitabler machen, erforderlich. Ausländische Investitionen und technische Innovationen sollten nur auf Basis von Gesprächen mit der ruandischen Bevölkerung erfolgen und auf der Bewahrung der Traditionen beruhen. So besteht eine der Herausforderungen darin, Tradition und innovatives Denken in Einklang zu bringen, ohne die Menschen dessen zu berauben, was sie kennen.

Die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich bei den gebildeten Jungen. Die Zahl der Universitäten in Ruanda ist in 15 Jahren von ein paar wenigen auf 30 angestiegen. Trotz ihrer Ausbildung haben die jungen Menschen mit Master-Abschluss noch Schwierigkeiten, eine Arbeit zu finden. «Die Mehrheit der Studien über Ruanda werden von ausländischen Forschern geleitet. Sie leisten hervorragende Arbeit, aber in den meisten Fällen handelt es sich um fremde Stimmen, denen kulturelle und historische Perspektiven fehlen. So gibt es eine Notwendigkeit für Forschung, die auf lokalem Wissen basiert und von der lokalen Bevölkerung ausgeführt wird», erzählt Mbabazi.

Das Stigma des Genozids

Eine weitere Herausforderung ist auch das Stigma der Vergangenheit. Während des Genozids in Ruanda wurde Vergewaltigung als Kriegswaffe eingesetzt und Kinder wurden aus diesen Vergewaltigungen geboren. Diese Kinder sind jetzt in ihren Zwanzigern und beschäftigen sich mit Fragen der Identität und Familienbeziehungen. Der Genozid wird an den Schulen und in den Universitäten behandelt, aber es muss immer noch mehr getan werden. Die Gesellschaft muss diese Stigmata offen behandeln und dabei trotzdem die Privatsphäre der Betroffenen respektieren.

Der vergangene Konflikt ist auch in den Beziehungen zu den Nachbarländern gegenwärtig, denn die Grenzen zwischen Hutus und Tutsis waren schon immer unklar. Als der Genozid in Ruanda endete und die alte Hutu-Regierung gestürzt wurde, haben über zwei Millionen Menschen das Land verlassen und sind in den Nachbarstaat Kongo geflohen. Mbabazi weist darauf hin, dass auch der Kongo ein Opfer des Genozids wurde. Die Probleme gingen weiter, denn das Morden und Vergewaltigen kannte auch auf der anderen Seite der Grenze kein Ende. Diesmal waren die Opfer die Hutus.

Genozid in Burundi verhindern

Wenn man Mbabazi über die Beziehung Ruandas zur Demokratischen Republik Kongo fragt, meint sie zunächst: «Erstens bin ich keine Politikerin, meine Worte basieren auf persönlichen Analysen. Zweitens waren auf beiden Seiten der Grenze unschuldige Zivilisten die Opfer des Konflikts. Und drittens haben die Vereinten Nationen Ruanda im Stich gelassen. Sie konnten weder den Genozid verhindern noch die Flüchtlinge schützen, die in den Kongo geflohen waren. Die ruandische Regierung muss-

Fortsetzung Seite 4



FriedensFrauen Weltweit – PeaceWomen Across the Globe laden jedes Jahr eine Frau aus ihrem Netzwerk für eine Veranstaltungsreihe in die Schweiz ein. Justine Mbabazi hielt in der letzten Maiwoche Vorträge in verschiedenen Städten und stand Virpi Luoma für ein Gespräch zur Verfügung. Die FriedensFrauen Weltweit sind die Nachfolgeorganisation der Initiative «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis». Sie setzen sich dafür ein, dass Frauen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen gleichberechtigt teilhaben, sie ihre Rechte wirksam durchsetzen können und der sexuellen Gewalt an Frauen ein Ende gesetzt wird.

www.1000peacewoman.org

Editorial

«Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten»

Das Motto des Friedenswegs am vergangenen Ostermontag in Romanshorn macht aufmerksam auf den Zusammenhang des internationalen Waffenhandels mit den kriegerischen Konflikten auf dieser Welt und den dadurch ausgelösten Flüchtlingsbewegungen. Er erinnert auch an die Mitverantwortung der waffenexportierenden Staaten für die Kriege auf dieser Welt.

Vom 22. bis 24. August dieses Jahres findet in Genf die erste Überprüfungskonferenz des internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) statt, der 2013 von der UNO-Generalversammlung verabschiedet worden und 2015 in Kraft getreten ist. Bereits ratifiziert haben ihn 85 Staaten, darunter auch die Schweiz; weitere 48 Staaten haben ihn unterzeichnet. 62 Staaten stehen immer noch abseits.

Mit dem Beitritt zum ATT verpflichten sich die Vertragsstaaten, jährlich über ihre Aus- und Einfuhren von Kriegsmaterial Bericht zu erstatten. Die Berichte werden an den jährlichen Überprüfungskonferenzen behandelt. Dies wird der Zivilgesellschaft bessere Informationsgrundlagen für Kampagnen gegen den internationalen Waffenhandel und die Kriegsmaterialexporte der einzelnen Länder bieten.

Der ATT ist ein Waffenhandelsvertrag, er verbietet den Waffenhandel nicht generell. Verboten sind allerdings Exporte, die gegen ein UNO-Embargo oder andere völkerrechtliche Verpflichtungen verstossen, und wenn Waffen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verwendet werden sollen. Zudem muss jeder Exportstaat prüfen, ob die Gefahr besteht, dass die Waffenlieferungen Frieden und Sicherheit untergraben, und ob sie für Kriegsverbrechen oder schwere Menschenrechtsverletzungen – insbesondere auch für geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Frauen und Kinder – eingesetzt werden.

Wir von der Zivilgesellschaft sind nun gefordert, eine strikte Einhaltung und Umsetzung des ATT einzufordern. Deshalb sind Aktivitäten während der Überprüfungskonferenz in Genf geplant. Informationen dazu sind zu finden auf der Website des SFR und auf jener von Amnesty Schweiz. ***Ruedi Tobler***

Fortsetzung von Seite 3

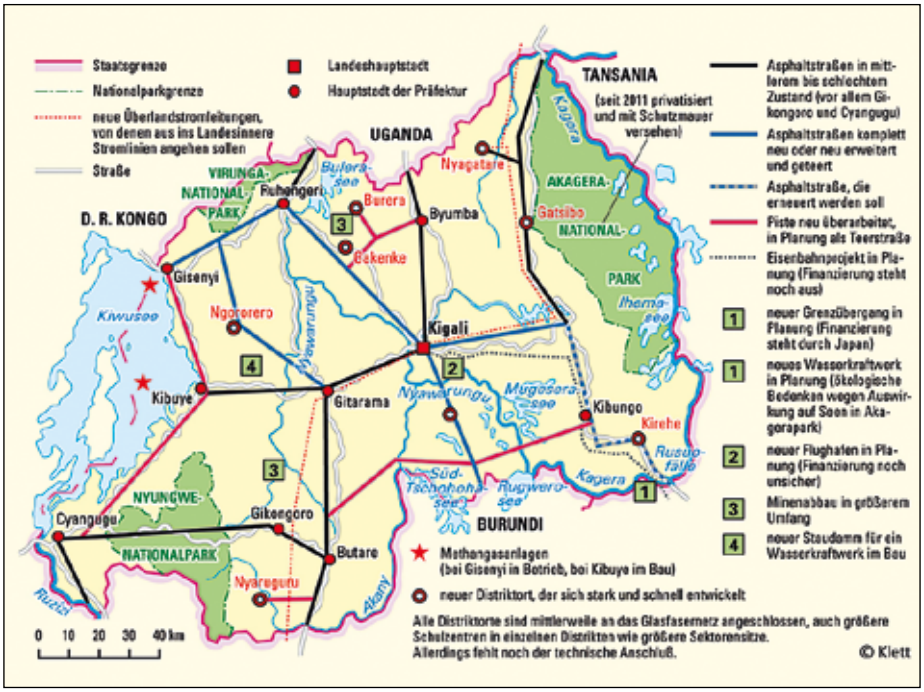
te in dieser Situation reagieren und sich einmischen. Normalerweise sehen die Leute das als eine negative Sache, ich als Friedensaktivistin sehe die guten Seiten davon. Frauen wurden in Massen vergewaltigt, Kinder verwaisten, Menschen fühlten sich hilflos und waren obdachlos. Zumindest hat die ruandische Regierung versucht zu helfen. Wann immer es Krisen gibt, muss jemand die führende Rolle übernehmen und anschliessend mit der Kritik umgehen.»

Justine Mbabazi denkt, dass der Kongo aufwachen und eine Lösung für die Führungsprobleme finden muss. «In Burundi, einem Land, das dieselbe Sprache spricht wie wir, ist die Situation ähnlich. Wenn deine Nachbarinnen und Nachbarn in der Krise sind, solltest du dich nicht einfach zurücklehnen und bequem sitzen, denn du wirst früher oder später auch davon betroffen sein. In Ruanda gehört es zur Tradition, den Nachbarn zu helfen, aber von Staat zu Staat ist das wegen der Politik nicht so einfach. Ich möchte im Moment in Burundi sein und helfen, den Konflikt dort zu verhindern. Ich weiss nicht, was auf Regierungsebene geschieht, aber alle internationalen und afrikanischen Organisationen müssen aufwachen und Burundi helfen. Denn was wir nie mehr erleben möchten, ist ein weiterer Genozid.»

Für Justine Mbabazi ist die Arbeit eine Leidenschaft: «Wenn man einmal Teil der unglücklichen Umstände gewesen ist, werden die schlaflosen Nächte in gewisser Weise bezahlt, wenn man 20 Jahre später die guten Ergebnisse sieht.»

Übersetzung: Andrea Grossenbacher

Ruanda in Kürze



Von 1884 bis 1916 war Ruanda eine deutsche Kolonie, 1962 erhielt es seine Unabhängigkeit von der UNO-Mandatsmacht Belgien. Die Kolonialmächte beschlossen, durch indirekte Herrschaft zu regieren, und wollten keinen eigenen Verwaltungsapparat aufbauen. Sie unterstützten zunächst die herrschenden Eliten der Tutsi und versuchten, sie für ihre Zwecke zu nutzen. Die Kolonialmächte definierten die gesellschaftlichen Kategorien von Hutu, Tutsi und Twa als «Stämme», unterschieden nach rassistischen Kriterien bezüglich des Äusseren und des angeblichen Charakters sowie nach der Wirtschaftsbasis. Infolge struktureller Probleme, einer hohen Bevölkerungsdichte und Konflikten zwischen den Volksgruppen, die im Völkermord an den Tutsi 1994 gipfelten, zählte das Land zu den ärmsten in Afrika. In den letzten Jahren sind starke wirtschaftliche Fortschritte zu verzeichnen, die unter anderem durch die Ausbeutung von Rohstoffen in den östlichen Kongoprovinzen erzielt werden. Weite Teile der Wirtschaft werden durch die regierende Partei Ruandische Patriotische Front kontrolliert. Ruanda steht international in der Kritik wegen mangelnder Pressefreiheit, Unterdrückung der Opposition, Manipulation von Wahlen sowie der Destabilisierung des Ostkongo. (Amnesty 2015/2016)

Virpi Luoma, die neue Freiwillige beim Friedensrat in Zürich



Moi – Hallo! Ich bin Virpi Luoma, und ich komme aus Finnland, dem Land der tausend Seen und Saunas. Ich habe Weltgeschichte, Auswanderungspolitik und Politikwissenschaft an der Universität Turku studiert. Fremde Kulturen, neueste Nachrichten aus der Welt, naturgemässes Leben und menschlichen Wohlergehen haben mich immer interessiert. Doch es war während meines Praktikums in Beirut, als ich verstand, wie wichtig die Friedenspolitik und die Gleichstellung sind. Ich bin sehr am Nahen Osten interessiert, besonders an der Wechselwirkung zwischen westlichem Christentum und orientalischem Islam. In Beirut und während meines Austauschstudiums in Istanbul konnte ich mich persönlich mit der türkischen und libanesischen Kultur bekanntmachen.

Bevor ich nach Zürich kam, arbeitete ich als wissenschaftliche Assistentin an einem Forschungszentrum für das Mittelalter. In meiner Magisterarbeit habe ich Tagebücher von schwedischen Soldaten aus dem 18. Jahrhundert untersucht. Sie wurden von den Soldaten während des Grossen Nordischen Krieges in der Türkei geführt, und ich wollte wissen, wie sie das Bild des Fremden beschrieben. Beim Schweizerischen Friedensrat will ich mehr über heutige Weltprobleme – und besonders deren Lösung – kennenlernen.

Ostermärsche 2016 in Bern und Romanshorn

Ob durch das gute Wetter oder durch die andauernde Auseinandersetzung um die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa und der Schweiz bedingt – die diesjährigen traditionellen Ostermärsche am Montag, 28. März, bei denen die Flüchtlingspolitik im Vordergrund standen, verzeichneten eine seit Jahren nicht mehr erreichte Beteiligung. Während der 14. Ostermarsch in Bern wie jedes Jahr vom Eichholz an der Aare auf den Münsterplatz führte, versammelten sich in der Ostschweiz über 800 Leute am Bahnhof Romanshorn zum bereits achten internationalen Bodensee-Friedensweg. Beide Veranstaltungen riefen dazu auf, Geflüchtete in der Schweiz unbürokratisch aufzunehmen, und kritisierten die Ausfuhr von Waffen in die nahöstliche Krisenregion, die zur Flucht von Menschen beitragen.

Die Kette des Irrsinns

Insbesondere der Nahostexperte Ulrich Tilgner prangerte an der Abschlussveranstaltung in der katholischen Kirche Romanshorn die Rüstungslobby an, die zu politischen Katastrophen ausserhalb Europas beitrage: «Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten.» Der im historischen Vergleich lange Frieden in Europa habe einen Preis, den die Europäer heute zahlen müssten. Die Terroranschläge von Brüssel und Paris seien Teil einer «Kette des Irrsinns», für den der Westen mitverantwortlich sei.

Es herrsche ein asymmetrischer Krieg: Hochtechnologie gegen Terror. Dem Westen sei es bislang gelungen, den Krieg zu exportieren, «es war aber nur eine Frage der Zeit, bis dieser Krieg zu uns kommt». Leider musste Melinda Nadj Abonji ihre Anwesenheit kurzfristig krankheitshalber absagen, sodass aus ihren Werken nur einige Zitate vorgelesen wurden, die jedoch einen interessanten Einblick gaben, wie Flucht konkret erlebt wird.

Wider die atomare Verharmlosung

Ebenso eindrücklich war der Auftritt der in Zürich lebenden Regisseurin Aya Domenig, die in ihrem aktuellen Dokumentarfilm «Als die Sonne vom Himmel fiel» auf Spurensuche nach ihrem japanischen Grossvater ging, der den Atombombenabwurf auf Hiroshima miterlebt hatte. Die nach der Katastrophe einsetzende staatlich verordnete Verharmlosung der gesundheitlichen Folgen für Hunderttausende von Menschen sei letztlich Voraussetzung für die Etablierung der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie gewesen. Die gleiche Verharmlosung erlebten wir vor 30 Jahren bei der Tschernobyl- und vor fünf Jahren bei der Fukushima-Katastrophe.

Zum Friedensweg am Bodensee hatten mehr als 50 Organisationen aus der Schweiz, Österreich, Deutschland und Liechtenstein aufgerufen. Neben vielen weiteren zählten Amnesty, der Friedensrat und Pax Christi zu den Trägern. Federführend organisiert wurden die bisherigen Friedenswege vom früheren Ostschweizer Tagungsleiter Arne Engeli aus Rorschach. Für den nun 80-jährigen Friedensaktivisten bedeutete das diesjährige Ostertreffen allerdings sein letztes als Organisator, das nächstjährige findet in Friedrichshafen auf der anderen Seite des Bodensees statt und wird von neuen Kräften geleitet. (pw)



Gedächtnis der Tschetschenienkriege

Am 23. Mai ging geht das bedeutendste Video-Archiv der beiden Kriege in Tschetschenien online: *www.chechen-archive.org*. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), unterstützt von den FriedensFrauen Weltweit und den Reportern ohne Grenzen, hat 1270 Videosequenzen, die von Menschenrechtsaktivisten aufgenommen und in die Schweiz in Sicherheit gebracht wurden, systematisch aufgearbeitet. Das Archiv ist eine wichtige Grundlage für die juristische und historische Aufarbeitung der Kriege sowie im Kampf gegen die Straflosigkeit und das Vergessen.

Die tschetschenische Menschenrechtlerin Zaynap Gashaeva sowie andere Menschenrechtsaktivistinnen, Journalisten und Dokumentarfilmerinnen erfassten und filmten Kriegsverbrechen, die während der Kriege zwischen 1994 und 2006 insbesondere durch die russische Armee begangen wurden. Die Videos beinhalten Interviews mit Zeuginnen, Soldaten, Journalistinnen und Opfern respektive deren Familienangehörigen sowie Filmaufnahmen von zerstörten Orten.

Darunter sind auch einmalige Aufnahmen der russischen Journalistin Anna Politkowskaja, die 2006 vor allem wegen ihres Tschetschenien-Engagements ermordet worden war. Die Videos wurden während Jahren versteckt und später ausser Landes gebracht. Der Verein Chechen Archive analysierte, restaurierte und digitalisierte diese Videos und schuf damit ein umfassendes Archiv und zugleich ein beklemmendes Zeugnis dieser Kriege. Zum Schutz der Zeuginnen und Zeugen schaltet der Verein lediglich eine textbasierte Datenbank mit den wichtigen Informationen der Videos öffentlich; die Videos selber und sensible Informationen werden nur auf Anfrage und nach Überprüfung zugänglich gemacht.

Eine systematische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen ist zurzeit weder in Tschetschenien noch in Russland denkbar. Umso wichtiger ist das Archiv für die historische Forschung und zur Unterstützung von Klagen der Opferfamilien vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Das Archiv wird dann besonderen Dienst erweisen, wenn das politische Umfeld in Tschetschenien und Russland eine juristische Aufarbeitung der Kriegszeit ermöglicht oder eine Wahrheitsfindungskommission die Verbrechen am tschetschenischen Volk aufnehmen kann. *(GfbV)*

Was bedeutet die Agenda 2030 für die Schweiz?

Am 20. Mai 2016 fand im Berner Käfigturm ein vom Schweizerischen Friedensrat veranstaltetes Panel zu den friedenspolitischen Inhalten der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung statt. Beteiligt waren Marcel Stössel, Senior Advisor for Fragility, Conflict, Violence bei der Abteilung Globale Institutionen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, Eva Schmassmann, Leiterin der Entwicklungspolitik bei der entwicklungspolitischen Organisation Alliance Sud, Meike Sahling, Geschäftsleiterin der FriedensFrauen Weltweit (die kurzfristig für Sidonia Gabriel, Leiterin des Kompetenzzentrums Friedensförderung KOFF eingesprungen war) sowie als Gesprächsleiter der Redaktor dieser Zeitung, Peter Weishaupt.

Das Panel war insbesondere interessant, weil mit Stössel und Schmassmann zwei Personen anwesend waren, die direkt an den Verhandlungen um die Agenda 2030 beteiligt waren, Stössel insbesondere für das friedenspolitische Ziel 16 (siehe Seite 8), Schmassmann als NGO-Beraterin. Auf den nächsten Seiten erklären wir zunächst die Vorgeschichte der aktuellen Entwicklungsziele der UNO und gehen dann näher auf das Ziel 16 «Friedliche und inklusive Gesellschaften» ein. Dabei zeigte sich, dass die neuen UNO-Ziele bis 2030 umfassender und ambitionierter als die Millenniumsziele formuliert sind, an die sie anschliessen.

Sie kümmern sich insbesondere auch stärker um deren regelmässige Überprüfung und Umsetzung. Und bergen einige Aufgaben für die Schweiz, so Massnahmen für die Klimaziele und die Geschlechtergleichstellung, aber auch bei der Erreichung des Friedenszieles (Waffenausfuhr, Steuervermeidungspraktiken u.a.). Schmassmann hob hervor, dass die Agenda 2030 sehr viel weiter gehe als die vorangegangenen. Und dass es nicht alleine an der Regierung liege, für deren Umsetzung zu sorgen, sondern es dazu das Engagement der ganzen Gesellschaft brauche.

Im Übrigen erreichte die anschliessende Jahresversammlung des Friedensrates fast eines der UNO-Ziele, nämlich eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter in seinen Gremien. Mit Maria Ackermann aus Adliswil wurde die dritte Frau in den sechsköpfigen Vorstand gewählt, der Rest sowie der Präsident wurden wiedergewählt. *(pw)*

17 Ziele für eine nachhaltige E

Am 25. September 2015 verabschiedeten die 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf einem Gipfeltreffen in New York die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Sie bildet den globalen Rahmen für die Umwelt- und Entwicklungspolitik der kommenden 15 Jahre. Mit ihren 17 Zielen und nicht weniger als 169 Zielvorgaben geht sie entscheidend über die seinerzeitigen Millenniumsziele der UNO hinaus und formuliert erstmals auch ein Ziel zur Förderung des Friedens.

/ Peter Weishaupt /

Nicht weniger als 150 Staats- und Regierungschefs – unter ihnen der US-Präsident Barack Obama, der chinesische Präsident Xi Jinping oder die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel – versammelten sich in New York zum Gipfeltreffen (und wurden am Rande des Gipfels von Papst Franziskus eindrücklich ermahnt). Bereits mit dem Titel «Transformation unserer Welt» signalisierten die Regierungen der UNO-Mitgliedstaaten den Anspruch, dass die Agenda 2030 grundlegende Veränderungen in der universellen Politik und Gesellschaft anstossen soll. In der Präambel der Agenda gaben sie geradezu ein Heilsversprechen ab, wenn sie feststellen:

«Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen. Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen. (...) Wenn wir unsere Ambitionen in allen Bereichen der Agenda verwirklichen können, wird sich das Leben aller Menschen grundlegend verbessern und eine Transformation der Welt zum Besseren stattfinden.»

Mehr als eine Absichtserklärung?

Aber ist diese Hoffnung begründet? Was unterscheidet die Agenda 2030 von ähnlichen Absichtserklärungen und Aktionsprogrammen der Vergangenheit? In welchem Verhältnis steht sie zur Agenda 21, mit der die Regierungen bereits 1992 den Anspruch erhoben hatten, ein umwelt- und entwicklungspolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert zu formulieren? Und was unterscheidet sie von der Millenniumserklärung der UNO aus dem Jahr 2000 und den aus ihr hervorgegangenen Millenniumsentwicklungszielen?

Ausgangspunkte für die Agenda 2030 und ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung waren zum einen die Rio-Konferenz 1992 mit der dort verabschiedeten Agenda 21, zum anderen der Millenniumsgipfel des Jahres 2000. Im Kern versuchte bereits der Ansatz von Rio, den ganzheitlichen Charakter von Entwicklung zu betonen, indem er die Ziele ökologischer Tragfähigkeit, sozialer

Abbildung 1



Quelle: UN General Assembly (2015), Übersetzung des deutschen Übersetzungsdienstes bei de

ntwicklung

Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Effizienz sowie gesellschaftlicher Teilhabe und Demokratie miteinander verband.

Kein konsistenter Entwicklungsansatz
Eine Hauptursache der globalen Probleme wurde bereits damals in den nicht nachhaltigen Produktions- und Konsumformen des Nordens gesehen. Daraus folgte das in der Rio-Deklaration 1992 verankerte Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten für die Erhaltung der Ökosysteme der Erde. Damit hatten die Regierungen erstmals anerkannt, dass ihre Länder in unterschiedlichem Ausmass zur Umweltzerstörung beigetragen haben und beitragen – und also auch ihre unterschiedliche Verantwortung für die Wiederherstellung des Ökosystems und die Anpassung an Umweltschäden übernehmen müssen.

Die Weltkonferenzen der darauffolgenden Jahre untermauerten den auf Rechtsansprüchen basierenden Entwicklungsansatz. Die Wiener Menschenrechtskonferenz betonte 1993 das Recht auf Entwicklung und die Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, der Weltsozialgipfel von Kopenhagen unterstrich 1995 die sozialen Rechte der Werktätigen, die Pekinger Weltfrauenkonferenz bekräftigte im selben Jahr die Ziele der Nichtdiskriminierung und Gleichstellung der Geschlechter als Menschenrechte, und der Welternährungsgipfel 1996 unterstrich das Recht aller Menschen auf Nahrung und ein Leben frei von Hunger. Es gelang jedoch nicht, die unterschiedlichen Aspekte zu einem konsistenten Entwicklungsansatz zusammenzuführen – im Gegenteil.

Unterschied zu früheren Zielen
Parallel zu den eher wohlfahrtsstaatlichen Ansätzen der UNO-Konferenzen gewannen in den 1990er-Jahren die neoliberalen Entwicklungsansätze, wie sie von den Bretton-Woods-Institutionen propagiert wurden, weiter an Bedeutung. Synonym für diesen Trend stand der Washington Consensus. Er setzte auf das Primat von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum, Öffnung der Märkte, Deregulierung und Privatisierung. Damit stand er zum Teil in offenem Gegensatz zu den Politikrezepten der UNO.

Um die konkurrierenden Entwicklungsansätze miteinander zu ‹versöhnen›, bemühten sich seit Mitte der 1990er Jahre die OECD, die Weltbank, der IWF und die UNO gemeinsam, ein Set von entwicklungspolitischen Kernzielen zu definieren, über die ein umfassender politischer Konsens hergestellt werden sollte. Armut und Armutsbekämpfung wurden dabei zu Schlüsselbegriffen des Diskurses. Ergebnis dieser Bemühungen waren die Millenniumsziele, ein begrenztes Set von acht Zielen und 21 Zielvorgaben, überwiegend in den Bereichen Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung. Sie waren vor allem für die ärmeren Länder des globalen Südens relevant.

Die Welt hat sich verändert
Seit dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 haben sich die globalen Rahmenbedingungen erheblich verändert. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Macht von Ländern wie China, Indien und Brasilien erscheint die alte Zweiteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer endgültig anachronistisch. Parallel zu den weltwirtschaftli-

Fortsetzung Seite 8

Agenda 2030: Wesentliche Unterschiede zu früheren Zielen
Die 17 Ziele wenden sich nicht nur an die armen Länder des Südens, ihr zentrales Charakteristikum ist ihre universelle Gültigkeit;
– sie sind ambitionierter und differenzierter, als es die Millenniumsziele waren;
– sie haben die ökologische Blindheit der Millenniumsziele überwunden;
– sie beinhalten auch Ziele des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit;
– sie beschränken sich nicht darauf, gemeinsame Ziele zu definieren, sondern beschreiben auch die Mittel, die zu ihrer Umsetzung benötigt werden.



Fortsetzung von Seite 7

chen und geopolitischen Veränderungen verschärften sich die ökologischen Probleme auf unserem Planeten: Klimawandel und Artensterben haben sich beschleunigt, die Übernutzung der natürlichen Ressourcen der Erde setzt sich ungebremst fort. Das Risiko von Katastrophen infolge extremer Naturereignisse steigt mit den massiven Eingriffen des Menschen in das globale Ökosystem.

Schliesslich blieben die entwicklungspolitischen Bemühungen seit dem Millenniumsgipfel nicht unberührt von den Reaktionen auf die Anschläge des 11. September 2001. Mit den anschliessenden Kriegen im Irak und in Afghanistan beschleunigte sich eine neue Phase der Hochrüstung. Die weltweiten Militärausgaben haben sich zwischen 2001 und 2014 von 839 Milliarden US-Dollar auf 1776 Mia. US-Dollar mehr als verdoppelt. Sie absorbieren in erheblichem Umfang öffentliche Mittel, die dadurch für andere Aufgaben nicht zur Verfügung stehen.

Alle Länder sind Entwicklungsländer

Bei der UNO-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (Rio+20) im Juni 2012 griffen die Regierungen die Kritik am begrenzten Fokus der Millenniumsziele auf und beschlossen, umfassendere Ziele für nachhaltige Entwicklung zu formulieren. Diese Ziele sollten alle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung berücksichtigen und auf alle Länder der Welt anwendbar sein. Diese Entscheidung war bemerkenswert, denn sie implizierte, dass die neue Entwicklungsagenda sich nicht allein an die armen Länder des Südens richtet, wie es die Millenniumsziele faktisch taten, sondern für alle Länder der Welt Gültigkeit besitzen sollte. Dies kam einem Paradigmenwechsel gleich, der angesichts der notwendigen ‹grossen Transformation› hin zu einem zukunftsgerechten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem faktisch alle Länder der Welt zu ‹Entwicklungsländern› machte.

In ihrer Deklaration betonen die Regierungen die Bedeutung und Reichweite ihrer Agenda. Sie sprechen von einer «äusserst ambitionierten und transformativen Vision» und erklären: «Diese Agenda ist von beispielloser Reichweite und Bedeutung. Sie wird von allen Ländern akzeptiert und ist auf alle anwendbar, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Realitäten, Kapazitäten und Entwicklungsstufen der einzelnen Länder und unter Beachtung der nationalen Politiken und Prioritäten. Ihre Ziele und Zielvorgaben sind universell und betreffen die ganze Welt, die entwickelten Länder wie die Entwicklungsländer.»

Ziel 16: Friedliche Gesellschaften

Ziel 16 ist dabei als Ziel nachhaltiger Entwicklung bemerkenswert, weil es über die üblichen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Soziales, Wirtschaft und Umwelt) hinausreicht und um Aspekte des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit ergänzt. Konkret geht es in Ziel 16 um die Überwindung aller Formen von Gewalt, die Beendigung des Missbrauchs von Kindern, den Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren, das Austrocknen illegaler Finanz- und Waffenströme, die Bekämpfung von Korruption, aber auch um leistungsfähige Institutionen, demokratische Entscheidungsfindung, die bessere Teilhabe der Länder des Südens an globalen Entscheidungsprozessen, die rechtliche Identität aller Personen und den Zugang zu Informationen.

Zwar ist die Palette an überwiegend allgemein formulierten Zielvorgaben sehr breit, doch fehlen detaillierte Aussagen über die Mittel zu ihrer Umsetzung. Zielvorgaben 16.a und 16.b (vgl. Kasten unten links) belassen es bei allgemeinen Appellen, den Aufbau von Institutionen und Kapazitäten zu unterstützen sowie nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften zu fördern und durchzusetzen.

Trotzdem: Dass sich die Zielvorgaben ausdrücklich damit befassen, wie friedliche Gesellschaften aufgebaut und gefördert werden können, ist ein Novum gegenüber den Millenniumszielen, aber auch gegenüber den meisten Debatten über nachhaltige Entwicklung im Rio-Prozess. Diese Erweiterung des Katalogs war im Formulierungsprozess im Übrigen durchaus umstritten. Länder wie Russland wollten lange Zeit ein solches Ziel verhindern, weil sie in ihm eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten sahen.

Bekämpfung illegaler Finanzströme

Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch illegale Finanzströme, ohne die der globale Schwarzhandel sowohl mit Waffen als auch mit anderen illegalen Gütern kaum möglich wäre. Allerdings bilden die aus kriminellen Aktivitäten stammenden Finanzströme nur die Spitze des Eisbergs. Viel gravierender, vor allem für die Wirtschafts- und Sozialsysteme in Ländern des globalen Südens, sind die Verluste, die durch abfliessende illegitime Finanzflüsse entstehen, sei es durch Kriminalität, Korruption oder – was den Löwenanteil ausmacht – Steuervermeidungspraktiken transnationaler Konzerne.

Das Washingtoner Forschungsinstitut Global Financial Integrity schätzt, dass im Zeitraum von 2004 bis 2013 ca. 7,8 Billionen US-Dollar aus Ländern des globalen Südens abgeflossen sind, davon



Ziel 16

Friedliche und inklusive Gesellschaften

Ziel 16

Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

- **16.1** Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern
- **16.2** Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder beenden
- **16.3** Die Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern und den gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz gewährleisten
- **16.4** Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen
- **16.5** Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren
- **16.6** Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
- **16.7** Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist
- **16.8** Die Teilhabe der Entwicklungsländer an den globalen Lenkungsinstitutionen erweitern und verstärken
- **16.9** Bis 2030 insbesondere durch die Registrierung der Geburten dafür sorgen, dass alle Menschen eine rechtliche Identität haben
- **16.10** Den öffentlichen Zugang zu Informationen gewährleisten und die Grundfreiheiten schützen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und völkerrechtlichen Übereinkünften

- **16.a** Die zuständigen nationalen Institutionen namentlich durch internationale Zusammenarbeit beim Kapazitätsaufbau auf allen Ebenen zur Verhütung von Gewalt und zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität unterstützen, insbesondere in den Entwicklungsländern

- **16.b** Nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften und Politiken zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung fördern und durchsetzen

Tabelle 16.2

Die Top 10 des Schattenfinanzindex 2015

	Land/Gebiet	Geheimhaltungswert	Globale Gewichtun
1	Schweiz	73	5,625
2	Hong Kong	72	3,842
3	USA	60	19,603
4	Singapur	69	4,280
5	Cayman Islands	65	4,857
6	Luxemburg	55	11,630
7	Libanon	79	0,377
8	Deutschland	56	6,026
9	Bahrain	74	0,164
10	Vereinigte Arabische Emirate (Dubai)	77	0,085

Quelle: Tax Justice Network (2015).



allein 1,1 Billionen US-Dollar im Jahr 2013. Davon gehen 83,4 Prozent auf das Konto von konzerninternen Verrechnungstricks und anderen Steuervermeidungspraktiken transnationaler Konzerne. Finanzflüsse haben aber nicht nur eine Quelle, sondern auch ein Ziel. Das Tax Justice Network bewertet mit seinem Schattenfinanzindex seit 2009 das Ausmass der Geheimhaltung in Finanzfragen verschiedener Rechtsgebiete und Länder. Mithilfe von 15 Indikatoren sammelt es Informationen zum Bankgeheimnis, zur Verfügbarkeit von Eigentümer-Informationen, zur Effizienz der Finanzbehörden, zum Austausch von Daten zwischen den Behörden verschiedener Länder und zur Geldwäschereibekämpfung. Die Schweiz hat es bei diesem Index 2015 an die Spitze des Rankings geschafft (siehe Tabelle unten mitte), zählt also zur weltweit grössten Verdunkelungsoase. Das Tax Justice Network sieht vor allem noch erheblichen Reformbedarf bei der Geldwäschereibekämpfung und der Zusammenarbeit mit ausländischen Steuerbehörden.

	Schattenfinanzindex Wert
	1.466,1
	1.259,4
	1.254,8
	1.147,1
	1.013,2
	817,0
	760,2
	701,9
	471,4
	440,8

Die Schweiz gelobt aktive Umsetzung

Die Agenda 2030 hat für die Schweiz hohe Priorität, jedenfalls war sie an den Verhandlungen in New York aktiv an der Erarbeitung der universell gültigen Ziele, dem Finanzierungsrahmen sowie eines Überprüfungssystems beteiligt, und auch dem Friedens-Ziel 16 widmete sie einige Aufmerksamkeit. Man darf gespannt sein, was sie da genau unternimmt, sei dies etwa bei den Waffenexporten oder – noch wichtiger – bei der oben erwähnten Geldwäschereibekämpfung. Ein weites Feld für unser Land. Im Übrigen ist es den UNO-Mitgliedstaaten nicht verboten, freiwillig über die formulierten 17 Minimalziele und -vorgaben hinauszugehen. In den kommenden zwei Jahren wird auf Bundesebene der Handlungsbedarf für die Schweiz ermittelt und anschliessend über die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele und den Stand der Umsetzungsarbeiten bis 2018 zuhanden der UNO Bericht erstattet.

Empfehlenswerte Quellen:

– Resolution der Generalversammlung der UNO über die **Transformation unserer Welt: die Agenda 2030** für nachhaltige Entwicklung, verabschiedet am 25.9.2015, Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, www.un.org/Depts/german.

– **Dossier des Aussenpolitischen Departementes** EDA zur Agenda 2030: www.eda.admin.ch/post2015/de/home.html.

– Jens Martens und Wolfgang Obenland: **Die 2030-Agenda – Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung**. Herausgegeben vom Global Policy Forum in Bonn, www.globalpolicy.org, und von terre des hommes Deutschland in Osnabrück, www.tdh.de.

Dieser Artikel stützt sich im Wesentlichen auf diese Studie, die Tabellen stammen ebenfalls daraus.

Das Flüchtlingsnetzwerk am Gartenhof

Am Gartenhof in Zürich-Aussersihl bildeten (und bilden) sich immer wieder unterschiedlichste soziale Netzwerke. Sie verbinden Bekannte, Freundinnen, Verwandte, Nachbarinnen, Arbeitskollegen oder Mitglieder der gleichen Organisation. Sie beruhen auf Beziehungen, die Gleichgesinnte trotz grosser geografischer Distanz zusammenhalten. Nicht Facebook oder Twitter, sondern solche Verbindungen sind gemeint, wenn im Folgenden von sozialen Netzwerken die Rede ist.

/ Ruedi Epple /

Soziale Netzwerke spielen in unterschiedlichen Zusammenhängen eine grosse Rolle. So zum Beispiel bei der Migration. Bekannt ist etwa das Phänomen der ‹Kettenmigration› bei Personen, die auswandern, um Arbeit zu finden. Auch die aktuellen Fluchtbewegungen aus Krisenregionen nach Europa folgen teilweise Verbindungen, die sich aus sozialen Netzwerken ergeben: Junge Männer aus Eritrea flüchten in die Schweiz, weil ihnen Pioniere vorausgegangen sind, die ihnen den Weg weisen und die sie hier unterstützen würden, liesse dies die Verteilung neu ankommender Flüchtlinge auf die Kantone zu. Vergleichbare Netzwerke wirkten bereits früher. So etwa auch bei den Flüchtlingen, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland, nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich oder nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zur Flucht gezwungen waren.

Anlaufstelle für Flüchtlinge in Zürich

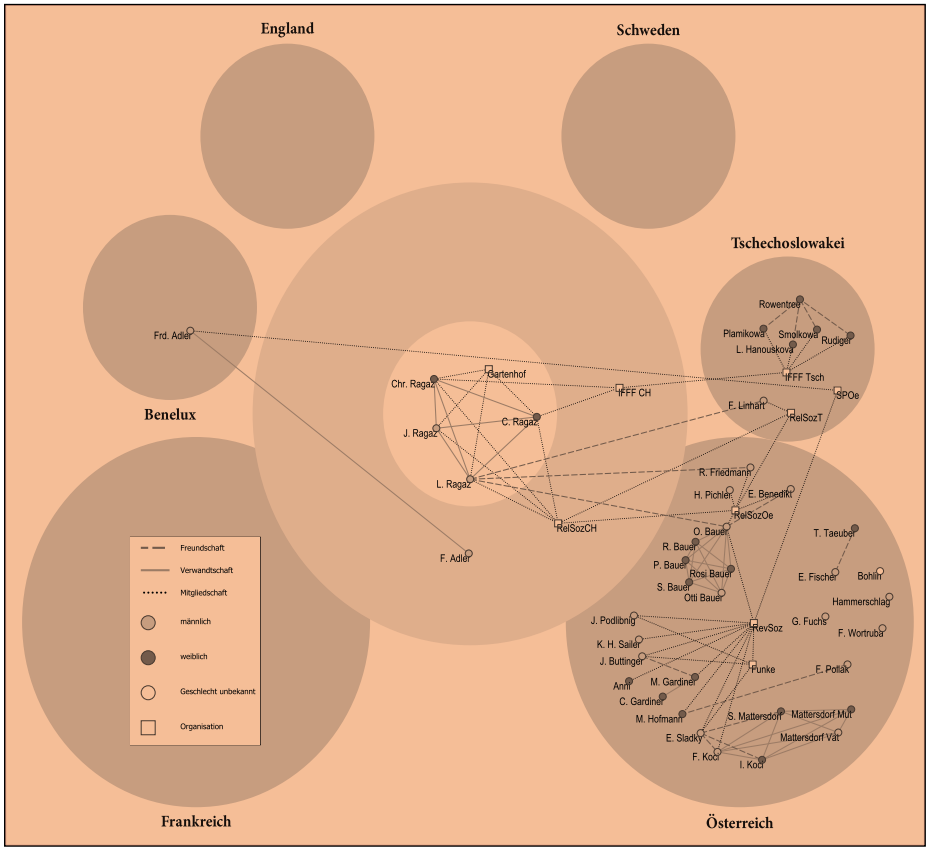
Eine Anlaufstelle für diese Flüchtlinge war damals der Gartenhof in Zürich, in dem die Familie Ragaz und ihr religiös-soziales Umfeld ein Settlement gegründet hatten und die «Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Bildung» unterhielten. Die zunehmende Zahl der Flüchtlinge, die den Weg an den Gartenhof fanden, führte dazu, dass dort 1938 die «Auskunftsstelle für Flüchtlinge» entstand. Diese schloss sich der 1936 gegründeten «Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingsarbeit» an und gewährte wie zahlreiche andere Hilfswerke vielfältige Unterstützung.

Es waren nicht nur Flüchtlinge, die anderswo keine Unterstützung fanden, die bei der Auskunftsstelle anklopften. Es kamen auch Leute an den Gartenhof, die um dessen religiös-soziale Verankerung wussten oder die Familie Ragaz von früher kannten. Die Forschung zum Gartenhof und zur Auskunftsstelle kommt denn auch zum Schluss, dass es die «weltweiten Verbindungen» von Leonhard Ragaz waren, die Flüchtlinge an die Gartenhofstrasse 7 führten. Die Rolle Leonhard Ragaz' und seiner weitverzweigten Beziehungen war wichtig, doch zeigen sich noch andere Verbindungen, betrachtet man das Netzwerk der Flüchtlinge von damals näher.

Flucht vor dem Austrofaschismus

Eine der im Gartenhof ein- und ausgehenden geflüchteten Frauen war Steffi Mattersdorf aus Österreich. Sie hatte Schneiderin gelernt und wirkte bei den «Revolutionären Sozialisten» mit. Diese Untergrundpartei war 1934 entstanden, nachdem der Austrofaschismus nach einem kurzen Bürgerkrieg die Macht ergriffen und die Arbeiterbewegung verboten hatte. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs war damals gezwungen, ihren Sitz nach Brünn in Tschechien zu verlegen. Einige Aktivistinnen und Aktivisten der Arbeiterbewegung verliessen Österreich schon damals.

So lebte zum Beispiel die Familie Leichter vorübergehend in Zürich. Wie viele andere politischen Flüchtlinge kehrten die Leichters aber bald nach Wien zurück. Als «Revolutionäre Sozialisten» nahmen sie die politische Arbeit im Untergrund wieder auf. Steffi Mattersdorf lernte in diesem Kreis Emil Sladky kennen, mit dem sie sich verlobte. Ihre Schwester Irene heiratete mit



Karte 1: Das vor der Flucht bestehende Netzwerk des Gartenhofs nach Österreich und die damalige Tschechoslowakei um 1937. Eigene Darstellung. Quellen: Briefwechsel zwischen Steffi Mattersdorf und Christine Ragaz sowie Sekundärliteratur und weitere Dokumente.

Franz Koci einen anderen Aktivisten aus dem Untergrund.

Unterschlupf am Gartenhof

Als Hitler 1938 dem Austrofaschismus ein Ende setzte und Österreich als «Ostmark» seinem direkten Einflussbereich unterstellte, verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen der im Untergrund aktiven Arbeiterbewegung massiv. Die Gestapo war weit effizienter und unnachsichtiger als die austrofaschistische Polizei. Im Untergrund aktiven Gewerkschafterinnen und Sozialisten drohte das Konzentrationslager. Unter diesen Umständen flüchteten viele erneut ins Ausland. Andere unternahmen diesen Schritt zum ersten Mal.

Emil Sladky und Steffi Mattersdorf fanden den Weg in die Schweiz und dort zur Auskunftsstelle für Flüchtlinge. Steffi kam sogar für einige Zeit im Haus Ragaz unter. Zwischen ihr und Christine Ragaz, der Tochter von Leonhard und Clara, entwickelte sich dabei eine enge, lebenslange Freundschaft. Als Steffi Mattersdorf etwas später ihrem Verlobten über Frankreich nach Schweden folgte, setzten die beiden Frauen ihre Freundschaft in Briefen fort.

Das Netzwerk von 1937 am Gartenhof

Während ihres Zürcher Aufenthalts arbeitete Steffi Mattersdorf am Gartenhof und bei der Auskunftsstelle mit. Sie lernte dabei viele Leute kennen, die am Gartenhof aktiv waren oder sich in seinem Umfeld bewegten. In ihren Briefen an die Freundin berichtete Christine Ragaz häufig von den gemeinsamen Bekannten. Sie schrieb, was diese taten und wie es jenen erging, sodass uns in diesen Briefen das Netzwerk des Gartenhofs und der Auskunftsstelle jener Zeit begegnet. Die Korrespondenz zwischen der Auskunftsstelle am Gartenhof und verschiedenen Netzwerken in Europa ist auch deshalb interessant, weil die Postverbindungen unsicher geworden waren oder die Zensur eingriff. Damit wurden direkte Verbindungen zwischen den österreichischen Flüchtlingen zerstört.

Der Versuch, einen Teil der über hundert von Christine Ragaz in ihren Briefen erwähnten Personen miteinander in Beziehung zu setzen, zeigt die Verbindungen untereinander und zum Gartenhof (Karte 1 auf Seite 10). Deutlich wird, dass um 1937 von Zürich aus vor allem Verbindungen zu Menschen in Österreich oder aber zu Verfolgten, die in die Tschechoslowakei geflohen waren, bestanden. In diesem Zusammenhang ist die Frage interessant, ob es sich bei den Menschen, die auf ihrer Flucht am Gartenhof vorbeikamen, vor allem um Bekannte und Freunde von Leonhard Ragaz handelte.

Das Netzwerk zeigt ebenso die Verbindungen von Clara und Christine Ragaz über die «Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit» (IFFF) in die Tschechoslowakei. Leonhard Ragaz pflegte freundschaftliche und politische Beziehungen zu den religiös-sozialen Kreisen in Österreich und der Tschechoslowakei (RelSoz). Eine wichtige Rolle spielte in diesem Netz Otto Bauer, der Vorsitzende des ebenfalls verbotenen «Bundes der religiösen Sozialisten». Zwischen Bauer und Ragaz bestanden neben den politischen auch freundschaftliche Beziehungen, was dazu führte, dass die sechsköpfige Familie Bauer wiederholt ferienhalber in der Schweiz weilte und sich mit der ganzen Familie Ragaz anfreundete.

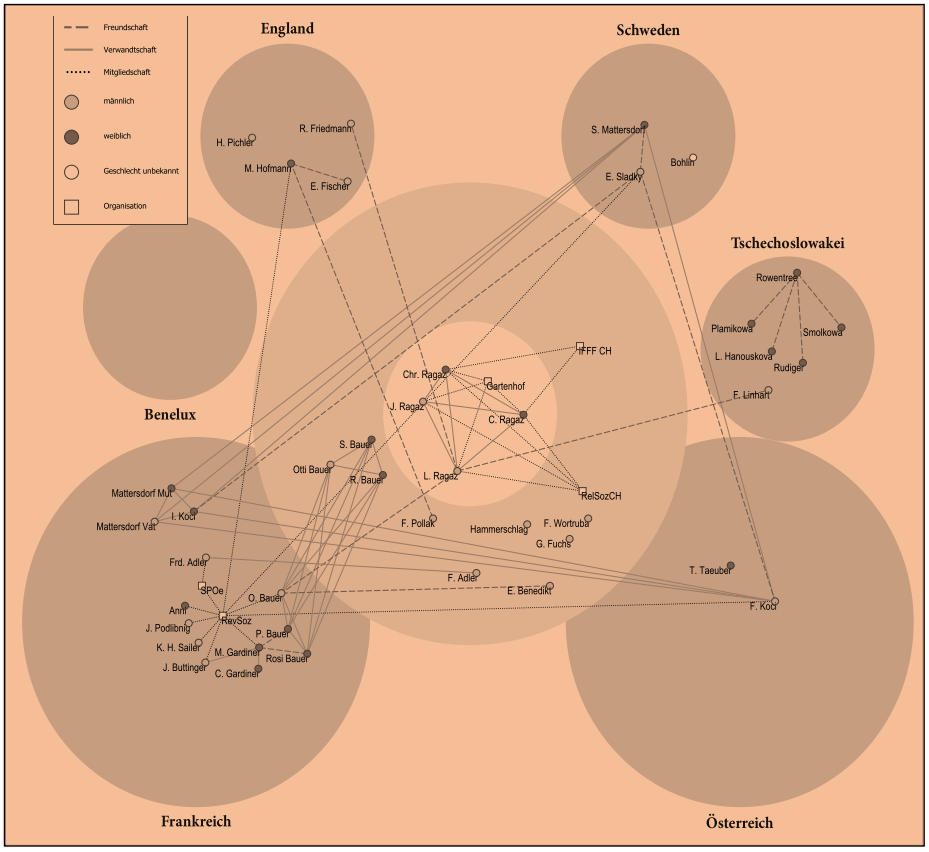
Die Gruppe Funke

Otto Bauer spielte aber auch deshalb eine besondere Rolle, weil er sich durch das Verbot des Bundes, den er präsidierte, nicht einschüchtern liess, sondern seine Arbeit im Untergrund fortsetzte. In den «Neuen Wegen» publizierte er seine Artikel in dieser Zeit unter dem Pseudonym «Traugott Weber». Unter den Decknamen «Herbst» und «Weiss» aber stand er auch in engstem Kontakt zur Führungsriege der «Revolutionären Sozialisten» (RevSoz) Österreichs, deren Aktivisten sich ihrerseits aus der «Gruppe Funke» kannten.

Die «Revolutionären Sozialisten» waren die Untergrundorganisation der in die Tschechoslowakei verlegten Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPOE). Otto Bauer und Josef Buttinger*, Vorsitzender der «Revolutionären Sozialisten», waren sich in ihrer langfristigen Perspektive einig: Die nationalsozialistische Herrschaft war aus ihrer Sicht keine Angelegenheit von wenigen Monaten und Jahren, sondern man musste sich darauf einstellen, noch längere Zeit ausschliesslich im Untergrund tätig zu sein und von dort aus Widerstand zu leisten.

Die Netzwerkkarte von 1939

Die zweite Netzwerkkarte (Karte 2 links) zeigt die gleichen Personen und ihre Ver-



Karte 2: Das Netzwerk des Gartenhofs in Österreich und der Tschechoslowakei nach der Flucht von 1938. Die Karte hält die Situation um 1939 fest. Eigene Darstellung. Quellen: Briefwechsel zwischen Steffi Mattersdorf und Christine Ragaz sowie Sekundärliteratur und weitere Dokumente.

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

bindungen rund zwei Jahre später. Sie verzeichnet, wo diese sich um die Zeit des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges befanden und in welchen Beziehungen sie damals zueinander standen. Ihre Flucht, die in vielen Fällen von der Auskunftsstelle für Flüchtlinge unterstützt oder begleitet wurde, führte sie nicht nur geografisch an andere Orte. Auch ihre sozialen Verbindungen veränderten sich.

So wurden Familien zerrissen: Teile der Familie Bauer hielten sich sowohl in der Schweiz als auch in Frankreich auf. Die beiden älteren Kinder der Familie Bauer, die mit ihrem Vater bereits in Paris waren, wurden von Murielle Gardiner, die dort Joseph Buttinger geheiratet hatte, vorläufig ‹freundschaftlich› adoptiert. Erst als es Rosa Bauer, der Mutter, nach Monaten gelang, mit ihren jüngeren Kindern aus der Schweiz nach Frankreich auszureisen, war die Familie Bauer wieder vereint. Steffi Mattersdorfs Familie verteilte sich sogar auf Österreich, Frankreich und Schweden. Auch politische Verbindungen gingen verloren: Zwar hielten die SPÖE und die Revolutionären Sozialisten in Paris eine Auslandsvertretung. Doch die «Gruppe Funke» oder der «Bund der religiösen Sozialisten» existierten im Exil nicht mehr.

Die österreichischen revolutionären Sozialisten im Untergrund

Sowohl religiöse als auch revolutionäre Sozialisten ergriffen die Flucht aus Österreich. Beide Kreise konnten dabei auf die Unterstützung der Auskunftsstelle für Flüchtlinge am Gartenhof in Zürich zählen. Insofern trifft die Aussage zu, wonach es die «weltweiten Kontakte» von Leonhard Ragaz gewesen waren, die die Flüchtlinge an den Gartenhof brachten. Dabei führten die Verbindungen nicht nur zu den «Revolutionären Sozialisten» und ihrer Führungsriege, sondern über diese auch zur Familie Steffi Mattersdorfs. Otto Bauer trug wohl in doppelter Weise dazu bei, dass diese Personen den Weg an den Gartenhof fanden: Einmal dürfte er seine politischen Verbündeten über den Gartenhof und seine Auskunftsstelle informiert haben. Weiter dürfte er bei der Familie Ragaz für die Unterstützungs- und Vertrauenswürdigkeit seiner Genossinnen und Genossen aus dem Untergrund eingestanden sein.

Die Unterstützung, die die Auskunftsstelle für diesen Teil des Netzwerks leistete, fand unter sehr ungünstigen Bedingungen statt: Die Schweiz stand nicht nur jüdischen, sondern auch linkspolitischen Flüchtlingen sehr ablehnend gegenüber. Ihre Einreise in die Schweiz musste oft illegal und auf verschlungenen Wegen erfolgen. Sie durften nicht politisch tätig sein und mussten, solange es die Verhältnisse noch zuliessen, die Schweiz schleunigst wieder verlassen. Diese Einschränkungen zwangen die Auskunftsstelle, zu einer kreativen Unterstützungsarbeit Zuflucht zu suchen und beispielsweise ebenfalls subversive Methoden anzuwenden.

* In den Briefen taucht Buttinger als «Hubert», in seinen eigenen Werken auch als «Gustav Richter» auf. Seine spätere Frau, Murielle Gardiner, heisst in den Briefen «Mary». Die häufige Verwendung von Decknamen erschwerte die Identifikation der im Briefwechsel auftauchenden Personen und dürfte auch dazu geführt haben, dass nicht alle Personen des Netzwerks miteinander in Verbindung gebracht werden konnten.

Das Gartenhof-Projekt

Der Baselbieter Historiker Ruedi Epple erforscht die Ausläufer der sozialreformerischen Settlement-Bewegung Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts, deren Spuren auch nach Zürich zum sozialreligiösen Theologen Leonhard Ragaz und seiner Frau Clara führen.



Unter anderem war dies für den Schweizerischen Friedensrat Anlass, ein Publikationsprojekt über den Sitz seines Sekretariates an der Gartenhofstrasse 7 zu initiieren. Der Gartenhof, seit 1922 von der Familie Ragaz bewohnt, war in der Zwischenkriegszeit und darüber hinaus eigentliches Zentrum der schweizerischen Friedensarbeit. Obwohl die Finanzierung des Projekts noch keineswegs gesichert ist, haben die Arbeiten daran bereits begonnen – dieser Beitrag wertet vor allem die Briefe von Christine Ragaz, der Tochter von Leonhard, aus.

Braucht die Schweiz keine Friedenserziehung?

Der Verein ASEPaix, schweizerische Vereinigung für pädagogische Friedensarbeit, im Jahr 2000 als Sektion der Internationalen Vereinigung Lehrerinnen und Lehrer für den Frieden (AIEP) gegründet, hat seine Auflösung beschlossen, wie er in einer Medienmitteilung bekanntgab.

«Wir sind überzeugt, auch in Zukunft ist Friedensbildung eine der wichtigsten Aufgaben! Der Verein ASEPaix hat während 15 Jahren aktiv an einer Kultur des Friedens gearbeitet. Was wurde seit dem Jahr 2000 erreicht?

– Friedenserziehung hat Einzug in die Schulen gehalten;
– viele Angebote für Interventionen im Bereich der Gewaltprävention sind heute für die Schulen abrufbar;
– Anliegen der Friedenserziehung haben in den Lehrplan 21 Eingang gefunden;
– es konnte eine Vernetzung der Organisationen hergestellt werden.

Nebst den lokalen Aktivitäten, die der Verein initiiert und begleitet hat, hat ASEPaix zusammen mit anderen Friedensorganisationen die Tagung Friedensbildung Schweiz ins Leben gerufen – es entstand das Netzwerk Friedensbildung Schweiz. Hervorzuheben ist die Ausbildung von Barbara Jost und Gerda Rui, die als Schweizerinnen am internationalen EURED-Studiengang, ein Programm der EU und UNESCO (2004–2006), teilgenommen haben. Sie sind die einzigen Personen in der Schweiz, die im Gebiet der Friedenspädagogik einen Abschluss vorweisen können.

In der konkreten Zusammenarbeit mit dem Ziel, dem Anliegen der Friedenserziehung in der ganzen Schweiz mehr Kraft und Bedeutung zu geben, zeigt sich immer wieder, dass die Mehrsprachigkeit der Schweiz, aber auch die unterschiedlichen Definitionen von Friedensarbeit und die jeweiligen Prioritäten eine gezielte gemeinsame Arbeit nicht leicht machen. Friedenserziehung ist in den neuen Lehrplänen enthalten – die Umsetzung in den Schulen und die Aufgaben in der Gesellschaft stellen eine Herausforderung dar, die eher von grösseren Organisationen mit jahrzehntelanger Erfahrung in diesem Gebiet geleistet werden sollten. Ein ausführlicher Rückblick auf die 15-jährige Tätigkeit des Vereins ASEPaix steht allen Interessierten zur Verfügung.

Weitere Auskünfte: Barbara Jost, 061 421 36 02 / 079 485 24 28, barbara.jost@vtxmail.ch

Der SCI übernimmt die CH-GUS-Programme

Der SCI Schweiz hat die Programme der Stiftung Jugendaustausch Schweiz – GUS übernommen. Schwerpunkt der neu zu integrierenden Stiftung ist der Jugendaustausch der Schweiz mit Russland sowie Weissrussland, der Ukraine und Kirgistan. Die Abkürzung GUS geht zurück auf die Gemeinschaft unabhängiger Staaten, einen 1991 gegründeten, losen Zusammenschluss von Teilrepubliken der ehemaligen Sowjetunion. Programme der Stiftung Jugendaustausch Schweiz-GUS (hier im weiteren ‹CH-GUS› genannt) gibt es für Russland, Weissrussland, die Ukraine und Kirgistan.

Die Stiftung war 1988 aus einem Austauschprojekt mit der damaligen Sowjetunion entstanden. Die Zeit nach der Gründung der Stiftung, mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs und der Auflösung der Sowjetunion war geprägt von einer grossen gegenseitigen Neugier. Sie ist bis heute ein Charakteristikum von CH-GUS geblieben. Durch die Umwälzung in dieser Weltregion wurde der Jugendaustausch zum veritablen Element der Friedensarbeit, die den Aufbau eines neuen Fundaments für die Beziehungen begünstigt und deren Stabilisierung und Nachhaltigkeit zum Ziel hat. Partner in den Zielländern sind NGO, Privatpersonen, Agenturen, Akademien und Universitäten.



Aufgaben der Stiftung sind die Vermittlung und Organisation von Praktika, Arbeitseinsätzen, Sprachkursen und Familienaufenthalten für russische, ukrainische, belarussische und kirgisische Studenten in der Schweiz und umgekehrt. Neben Russisch kann auch Ukrainisch, Belarussisch oder Kirgisisch gelernt werden. CH-GUS vermittelt Kontakte und Projektorganisation für Gruppen, Schulklassen und Vereine. Es veranstaltet Studienreisen und Seminare zu aktuellen Themen in Russland, Belarus, der Ukraine und Kirgistan.

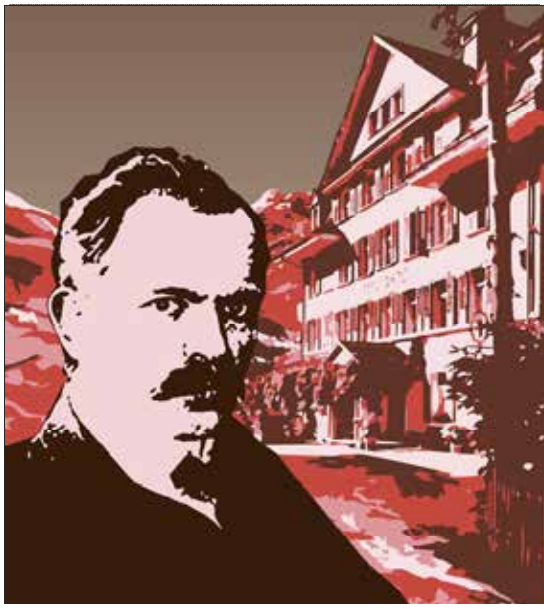
Es gibt eine Website mit Infos über die Programme (*www.schweiz-gus.ch*), und eine Maillist mit Veranstaltungshinweisen. Hervorgehoben wird, dass Eigeninitiative, Interesse, Aufgeschlossenheit, Improvisationstalent und eine gewisse Selbstständigkeit Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Osteuropa, Sibirien oder Zentralasien sind.

Mit der Integration der Programme der Stiftung in die Freiwilligenorganisation SCI Schweiz verbinden sich zwei Jugendaustauschorganisationen, deren Beziehung auf einer langjährigen Partnerschaft basiert und die sich sowohl betreffend Ideologie als auch Struktur sehr nahestehen. Ziel beider Organisationen ist es, jungen Menschen den direkten Kontakt mit dem Gastland und vertiefte interkulturelle Kontakte und Erfahrungen zu ermöglichen.

SCI-Newsletter 2-16

Die Sicherheitskommission kanns nicht lassen

Vor 20 Jahren wurde der Zivildienst endlich auch in der Schweiz Wirklichkeit. Vor sieben Jahren konnte auch noch die entwürdigende Gewissensprüfung abgeschafft werden. Seither genügt die Bereitschaft, die längere Dauer des Zivildienstes in Kauf zu nehmen, um diesen leisten zu dürfen. Das hat die ewiggestrige Stahlhelmfraktion in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiKN) immer noch nicht verdaut. Es ist ihr bereits gelungen, Schikanen bei der Zulassung zum Zivildienst und Beschränkungen bei der Wahl des Dienstes zu erreichen. Nachdem die jetzige Präsidentin der SiKN mit einem Vorstoss zur Verlängerung der Dienstzeit im Herbst 2014 gescheitert ist, hat die Kommission am 24. Mai 2016 Auskunft vom Bundesrat verlangt, wie die Zivildienstverordnung geändert werden könne, damit die Zahl der Zivildienstgesuche nach Absolvierung eines Teils des Militärdienstes gesenkt werden könne. Liberales Gedankengut ist der Freisinnigen Corina Eichenberger offensichtlich fremd.



Kientaler Friedenskonferenz

Vom 22. bis 24. April 2016 fanden anlässlich der Hundertjahrfeier zur Kientaler Friedenskonferenz in Bern und im Oberländer Ferienort Kiental verschiedene Veranstaltungen der Robert-Grimm-Gesellschaft unter dem Titel «Mut für den Frieden» statt. Grimm hatte nicht nur die Konferenz von Zimmerwald Anfang September 1915 einberufen, um die sozialistischen Kriegsgegner zu versammeln, sondern auch eine zweite Nachfolgekonferenz ein halbes Jahr später – ebenso klandestin – in Kiental im Hotel Bären organisiert. Sie hatten mitten im Grossen Krieg eine sofortige Waffenruhe gefordert und die Arbeiterschaft aufgerufen, alles zu unternehmen, um dem Völkerschlachten ein Ende zu setzen.

Am Freitag, 20. April stellte in Bern Marga Vogt Clara Zetkins Briefe aus der Zeit des Ersten Weltkrieges vor, die sie zurzeit ediert. Agnes Hohl von den Frauen für den Frieden und Helena Nyberg von den WILPF erläuterten aktuelle Friedensfragen, während die Frauen vom kurdischen Frauenrat Beritan eindrücklich die Lage ihres Volkes schilderten und zur Solidarität mit den autonomen Gebieten Syriens und der Türkei aufriefen. Am Samstag fanden im legendären Hotel Bären in Kiental Workshops zu verschiedenen Friedensfragen statt, während abschliessend am Sonntag die Vernissage zu einer Ausstellung über die Kientaler Friedenskonferenz eröffnet wurde, die noch bis im Herbst im Bären zu sehen sein wird. Die Dokumentation der Veranstaltungen ist auf *www.robert-grimm.ch* zu finden. *(pw)*

Serie Friedensfrauen zur Zeit des Ersten Weltkrieges

2. Teil: Gertrud Woker, Privatdozentin für Chemie und frühe Warnerin vor den Gefahren des chemischen und atomaren Krieges.

Im November vergangenen Jahres fand in St. Gallen eine Veranstaltungsreihe des Archivs für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte, des Schweizerischen Friedensrates, der Frauenbibliothek und Fonothek Wyborada sowie der IG Frau und Museum unter dem Titel ***Gegen Giftgas und Krieg – Frauen zur Zeit des Ersten Weltkrieges für Frieden und Gerechtigkeit*** statt. Wir stellen vier der dort porträtierten Frauen (die fünfte war die Nobelpreisträgerin Bertha von Suttner, über die es jedoch etliche aktuelle Biografien gibt) in einer Serie vor. Den Auftakt machte der Beitrag zu Catharina Sturzenegger in der FRIEDENSZEITUNG Nr. 16 vom Dezember 2015.

Am 18. November stellte SFR-Präsident Ruedi Tobler die Wissenschafterin Gertrud Woker (1878–1968) vor, deren Buch «Der kommende Gift- und Brandkrieg und seine Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung»[1] frühe Massstäbe setzte. Gertrud Woker war nicht nur eine von der männerdominierten Wissenschaft zu Beginn des letzten Jahrhunderts bekämpfte Pionierin, sondern auch wichtige Aktivistin der frühen Friedensfrauenbewegung, der WILPF (Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit). Das Referat stützt sich auf die Biografie von Gerit von Leitner unter dem Titel *Wollen wir unsere Hände in Unschuld waschen?*[2] Foto rechts: Gosteli-Stiftung, Fotosammlung. Nächste Folgen der Serie werden sich Clara Ragaz-Nadig und Käthe Kollwitz widmen.



Ein Leben für die Wissenschaft und den Frieden

Gertrud Woker, Chemikerin

Sie war die erste Privatdozentin für Chemie an einer deutschsprachigen Universität und a.o. Professorin an der Universität Bern. Sie protestierte gegen die Indienstnahme der Wissenschaft durch die Rüstungsindustrie, warnte zeitlebens vor den Gefahren des chemischen und atomaren Krieges und engagierte sich stark in der frühen Frauen- und Friedensbewegung.

/ Ruedi Tobler /

Geboren wurde Gertrud Woker am 16. Dezember 1878 in Bern, dreissig Jahre nach der Gründung des schweizerischen Bundesstaates. Aufgewachsen ist sie in einer grossen Verwandtschaft zwischen Bern und Erfurt, der deutsche Teil katholisch, der schweizerische reformiert. Ihr Vater Philipp Woker – ab 1875 Professor für Kirchengeschichte an der Universität Bern und ab 1888 zusätzlich Professor für allgemeine Geschichte – mochte sich aber dem 1870 verkündeten Unfehlbarkeitsanspruch des Papstes nicht fügen und gehörte deshalb zur Gründergeneration der christkatholischen Kirche. Blinde Obrigkeitsgläubigkeit ist nicht das, was Gertrud in ihrem Umfeld erlebte.

Unbeugsam – ein Leben lang

Ein einfaches Kind scheint sie nicht gewesen zu sein. Statt mit Puppen zu spielen, war sie lieber draussen und machte in einem nicht gerade friedlichen Indianerclan mit, in den sie nach einer Mutprobe aufgenommen worden war. Mit der Schuldisziplin scheint sie Mühe gehabt zu haben, und ihre schulischen Leistungen waren nur gut, wenn sie die Sache interessierte und sie einen Sinn darin sah. Sie schaffte es in die Sekundarschule, diese bewältigte sie ohne nennenswerte Probleme. Aber mit der Religion hatte sie Probleme.

Als sie mit 14 Jahren ihre Erstkommunion in der christkatholischen Kirche ablegen sollte, schwieg sie. Und in Erfurt, wo der katholische Kirchenbesuch als unumgänglich angesehen wurde, liess sie sich durch das Glockenzeichen des Ministranten nicht in die Knie zwingen, als Einzige blieb sie aufrecht stehen und liess sich durch nichts umstimmen. Kategorisch blieb sie dabei, sie könne nicht vor etwas knien, an das sie nicht glaube. Dieser unbeugsamen Haltung ist sie ihr Leben lang treu geblieben.

Einen beschwerlichen Umweg zur Maturität musste sie auf sich nehmen. Der sonst so liberale Vater verweigerte ihr den Besuch des Gymnasiums, das erst kurz zuvor dank seinem Einsatz für Mädchen geöffnet worden war. Nach einem Sommeraufenthalt in einem Mädchenpensionat im Welschland sollte sie in Erfurt die Kochkünste erlernen und dazu Musik- und Englischstunden nehmen. Mit dieser Mädchenbildung fand sie sich nicht ab und versuchte, sich nachts heimlich auf die Maturitätsprüfung mithilfe von unter der Hand ausgeliehenen Mathematikbüchern vorzubereiten.

Der Weg zur Wissenschaft

Sie machte das so intensiv, dass ihre Gesundheit massiv darunter litt. Nachdem alle Therapien nichts fruchteten, wurde sie schliesslich wegen Heimwehkrankheit nach Hause geschickt. Die erste in Bern niedergelassene Ärztin Anna Bayer entdeckte schnell den Grund der Krankheit, und fortan konnte Gertrud ungehindert und mit aktiver Unterstützung des Vaters auf die Matura hin arbeiten und bestand diese schliesslich ohne wesentliche Verzögerung im März 1898, noch vor ihrem 20. Geburtstag.

Sofort ergriff sie das Sekundarlehrerstudium der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung, das sie in der kürzestmöglichen Zeit absolvieren wollte, um sich selber ernähren zu können. Im März 1900 bestand sie das Examen und immatrikulierte sich an der Universität Bern mit dem Hauptfach organische Chemie. Das ist wahrscheinlich das einzige Mal, dass sie nicht um ihre Stellung zu kämpfen brauchte.

In der Schweiz hatten Frauen seit den 1860er-Jahren Zugang zu Universitäten. Im deutschsprachigen Raum nahm die Schweiz diesbezüglich eine Pionierrolle ein. Dies hatte zur Folge, dass viele Studentinnen und Studenten aus Russland in die Schweiz kamen. In Bern schrieb sich 1870 Jekaterina Gontscharowa als erste Studentin an der Universität ein. Vorlesungen von Philipp Woker zur

Revolutionsgeschichte besuchten etwa auch Rosa Luxemburg, Grigori Sinowjew, Wladimir Iljitsch Lenin und Leo Trotzki.

Erste Schweizerin mit Doktortitel in Chemie

Gut drei Jahre später, am 30. Oktober 1903, wurde Gertrud Wokers Dissertation angenommen. Das Doktorexamen bestand sie mit ‹summa cum laude› in allen sieben Fächern. Mit 25 Jahren war sie die erste Schweizerin mit dem Doktortitel in Chemie. Im gleichen Zeitraum hatte sie zudem das Diplom für das Höhere Lehramt erworben. Aber das war ihr nicht genug. Sie wollte sich in den modernsten Forschungsansätzen weiterbilden und ging dafür nach Berlin. Als Frau konnte sich an der Universität allerdings nur als Gast immatrikulieren, und die Professoren mussten ihr Einverständnis zum Besuch ihrer Vorlesungen geben – was in ihrem Fall problemlos erfolgte. Sie lernte in Berlin viele der Frauen kennen, mit denen sie später in der Friedensarbeit zusammenarbeiten würde, und wurde Mitglied des Deutschen Verbandes für das Frauenstimmrecht.

Zurück in Bern, fand sie eine Anstellung als Hilfslehrerin für naturwissenschaftliche Fächer am Freien Gymnasium. Vom namhaften Internisten Sahli wurde sie für Untersuchungen der physikalisch-chemischen Körperkräfte an die Universitätsklinik Bern geholt. Sie besuchte auch dessen Vorlesungen und wurde schliesslich von der Direktion des Unterrichtswesens ermutigt, sich an der Universität zu habilitieren.

Weibliche Gefahr im Verzuge

Im Oktober 1906 reichte Gertrud Woker das Gesuch um Zulassung zur Habilitation in den Fächern theoretische (physikalische) Chemie und physiologisch-biologische Chemie ein. Im Januar 1907 erteilte man ihr zwar die Venia legendi, aber in Abweichung ihres Gesuchs für Geschichte der Chemie und Physik. Das sei nicht von grosser Bedeutung, wurde ihr versichert, und die Bezeichnung ihres Lehrauftrags sei nebensächlich.

«Hinter dem Rücken wird ihr jedoch eine andere akademische Beurteilung zugetragen: Wenn es vorkommen könne, ja schier zur Gewohnheit werde, dass die Jünger der alten Universitas sich von bildungswütigen Frauenrechtlerinnen über Dinge belehren liessen, deren Behandlung seit fast Anbeginn der Welt Aufgabe der Männer gewesen ist, so deute das auf eine äusserst bedenkliche Verschiebung des Schwerpunktes unserer gesellschaftlichen, ja man könne fast sagen staatsbürgerlichen Gewohnheiten hin und lasse deutlich erkennen, dass Gefahr im Verzuge sei.» (Gerit von Leitner)

Zäher Kampf um Anerkennung

Solche Erfahrungen musste Gertrud Woker in den kommenden Jahrzehnten noch und noch machen. So hatte sie etwa als Privatdozentin ihre Vorlesungen gratis zu halten, und auch wenn sie erhebliche Besucherzahlen nachweisen konnte, verhalf ihr das nicht zu einem Gehalt. Aber sie hatte nicht nur darum zu kämpfen, sondern auch um die Anerkennung ihres Forschungsansatzes, nachzulesen im dritten Kapitel der erwähnten Biografie mit dem Titel: «Der Student der Naturwissenschaften sollte die Natur als lebendige Einheit erfassen und nicht ausschliesslich als ein in Einzelfächer zerhacktes Gebilde.» In Fussnote 4 präzisiert Gerit von Leitner: «In der Personalakte von Gertrud Woker im Staatsarchiv Bern (...) ist der zähe Kampf der Privatdozentin um die Anerkennung ihres Forschungsansatzes und ihrer Forscherpersönlichkeit an ihrer Universität bis in die 40er Jahre mit zahlreichen Schreiben dokumentiert.»

Immerhin konnte Gertrud Woker durch wissenschaftliche Publikationen etwas Geld verdienen und sich einen Namen weit über die Landesgrenzen hinaus machen. Aufgrund ihrer Antrittsvorlesung erhielt sie den Auftrag, in der Reihe «Die chemische Analyse» (Verlag Ferdinand Enke, Stuttgart) die Katalyse zu behandeln. Der erste von insgesamt vier Bänden im Umfang von 645 Seiten erschien 1910 und wurde weitherum sehr positiv aufgenommen. Nicht zuletzt deshalb wurde ihr Gesuch um die Überlassung von zwei kleinen Zimmern für die Einrichtung eines Instituts für physikalisch-chemische Biologie bewilligt, wobei sie für jeden Einrichtungsgegenstand zu kämpfen hatte. Das Institut war zusammen mit einem später nicht gehaltenen Versprechen eines Regierungsrates einer der wesentlichen Gründe, weshalb sie eine Berufung als Professorin an die Universität Leipzig ablehnte.



Engagement gegen den Giftgaskrieg

Die Verteidigung ihres ‹kleinen Reiches› und ihres wissenschaftlichen Ansatzes, dessentwegen sie immer wieder Anfeindungen ausgesetzt war, ist auch der Hauptgrund gewesen, warum sie sich in der Zeit des Ersten Weltkrieges nur sehr beschränkt in der WILPF (Women's International League for Peace and Freedom) engagieren konnte. Ihre Stellung an der Uni wurde durch ihr Engagement gegen den Giftgaskrieg bzw. den «wissenschaftlichen Krieg» zusätzlich geschwächt.

Wie sorglos zu dieser Zeit der Umgang mit dem Gaskrieg war, zeigt der Umstand, dass auf Druck vonseiten des Militärdepartementes im Labor für organische Chemie der Universität Bern – mitten in der Stadt – Versuche mit Giftgas durchgeführt wurden, deren Anzahl immer grössere Ausmasse annahm. Gertrud Woker liess sich angesichts dieser Zustände für das Sommersemester 1918 von der Universität beurlauben – unter

Fortsetzung Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

dem Hinweis, sie wolle den letzten Band ihres Werkes zur Katalyse abschliessen.

Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Kriegsindustrie

Zu Wokers Hauptgegner avancierte Volkmar Kohlschütter, seit 1909 Chemieprofessor an der Universität Bern, der erfolgreich eine Verbesserung ihrer Stellung verhinderte. Er liess sich 1914 praktisch ab Kriegsbeginn offenbar sehr bereitwillig von der deutschen Wehrmacht einziehen und erhielt weiterhin sein Gehalt, mit einem kleinen Abzug für seine Stellvertretung. Später wurde sein Gehalt auf die Maximalstufe von 10'800 Franken jährlich erhöht, während der Regierungsrat «im Hinblick auf die Finanzlage des Kantons» ein Dozentinnenhonorar von 600 Franken für Woker ablehnte.

Offenbar wurden noch während des Weltkrieges in Kohlschütters Privatlabor von Deutschen Untersuchungen gemacht, die aus Deutschland finanziell unterstützt und deren Ergebnisse nach Deutschland übermittelt wurden. Kohlschütter erklärte, nicht für militärische Zwecke zu arbeiten und sich nicht mit Kampfgasen befasst zu haben. Er setzte sich in einem Grundsatzpapier im Herbst 1917 für eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftsinstituten und der chemischen Industrie ein – eine noch heute aktuelle Diskussion.

Forschung zu Nescafé und Insulin

Gertrud Wokers Arbeit wurde von älteren Studierenden besonders geschätzt. So hat etwa Harry Maggi, der Sohn des Gründers der Maggi-Fabrik, bei ihr studiert, und sie haben später zusammengearbeitet. Der Doktortitel wurde ihm aber verwehrt, obwohl die Doktorarbeit als sehr gut eingeschätzt wurde. Die mündlichen Prüfungen wurden jedoch als ungenügend eingestuft. Sollte damit vor allem Gertrud Woker getroffen werden? In Wokers Laboratorium wurde auch der Nescafé erfunden. Ob sie die Erfinderin war, ihr aber das Patent gestohlen wurde, ist nicht geklärt.

Wohl ermutigt durch eine Reise in und durch die USA mit der WILPF im Sommer 1924 bemühte sie sich um einen beruflichen Aufenthalt an einer amerikanischen Universität, wofür sie zwei Angebote erhielt. Sie entschied sich für jenes im schlechter bezahlten Physiatric Institute in Morristown, New Jersey, weil dort an Insulin als Mittel zur Behandlung von Diabetes geforscht wurde. Das Experiment wurde zum grössten Desaster in ihrem Leben.

Das Institut unter der Leitung von Dr. Allen war in einem schlechten Zustand, und die Angestellten hatten schon einige Zeit keinen Lohn mehr erhalten. Allen stoppte schon sehr bald Wokers Versuche mit Insulin mit der Begründung, es sei ein viel zu teures Material, um es für Experimente einzusetzen. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass Allen das Verdienst für die Entwicklung der Insulinbehandlung nicht mit Woker teilen wollte. Ausser Allen selber war kein Amerikaner an seinem Institut angestellt – sie waren wohl nicht darauf angewiesen, die miserablen Anstellungsbedingungen zu schlucken.

Unglaubliches Mobbing gegen Woker wegen ihrer Giftgaskritik

Wokers Engagement gegen den Giftgaskrieg wurde von einer Gruppe von Deutschen heftig bekämpft. Sie versuchten mit allen Mitteln, Gertrud Woker zu diskreditieren, und dichteten ihr eine Affäre mit einem General an, die zu einer Schwangerschaft geführt habe – mit Verweis auf ihr Schmerbäuchlein. Ins Essen wurden ihr Abortiva gemischt. Als diese Kur nichts nützte, ging man einen Schritt weiter und sprach von einer Abtreibung und Verbrennung des Fötus. Die Situation spitzte sich dermassen zu, dass ihr nur noch die Flucht zu einem bekannten Ehepaar blieb. Es ist nicht geklärt, ob sie auf dieser Fahrt hätte verhaftet oder gar ermordet werden sollen. Für den schlimmsten Fall hatte sie sich ein Fläschchen mit Natriumcyanid beschafft, das sofort tödlich gewesen wäre.

Diese Vorfälle setzten Gertrud Woker schwer zu, sie liess sich aber nicht unterkriegen und versuchte, eine Klärung durchzusetzen. Dabei wurde sie allerdings von der amerikanischen Sektion der WILPF im Stich gelassen und von vielen wurde das Problem damit abgetan, sie habe wegen den Wechseljahren einen Verfolgungswahn entwickelt. Nach langem Hin und Her wurde sie von ihren Freunden faktisch nach Europa abgeschoben. Zurück in der Schweiz löste sich der ‹Verfolgungswahn› bald in Luft auf. Aber die Versuche, sie zu diskreditieren gingen weiter, insbesondere von Deutschland aus.

Arbeit über die Katalyse

1928 anerkannte die Philosophische Fakultät der Universität Bern erstmals, dass das Bedürfnis nach einem Extraordinariat für physikalisch-chemisch orientierte Biologie oder eine auf Biologie ausgerichtete physikalische Chemie bestand. Obwohl Gertrud Woker mit internationaler Anerkennung in diesem Bereich arbeitete und sie der Fakultät diese Fachrichtung seit zwei Jahrzehnten nahegelegt hatte, wurde sie als «nach ihrer Arbeitsweise und Arbeitsrichtung zur Erfüllung dieses Bedürfnisses für nicht geeignet» bezeichnet.

Nachdem 1931 Gertrud Woker ihr Werk über die Katalyse mit dem vierten Band abgeschlossen hatte, wurde für sie eine Anstellung an der Universität wieder ein Thema, nach langem Hin und Her wurde sie schliesslich im Oktober 1933 – mehr als ein Vierteljahrhundert nach ihrer Ernennung zur Privatdozentin – zur ausserordentlichen Professorin ernannt. Allerdings begrenzte man ihre wöchentlichen Pflichtstunden auf zwei bis vier und ihr Gehalt auf 2400 Franken im Jahr. Dazu schreibt Gerit von Leitner: «Das ist genau das doppelte, was sie bisher verdient hat und das vierfache ihres ersten Gehalts 1918 und weitaus weniger als das Gehalt eines zweiten Assistenten oder eines Abwarts.» Die Berner Regierung bestritt, dass das etwas mit ihren pazifistischen Aktivitäten zu tun habe, die abschliessend noch genauer zu betrachten sind:

Aktivität in der Friedensbewegung

Den freien Geist und die Gleichwertigkeit von Frauen und Männern hatte Gertrud Woker schon in ihrem Elternhaus und von ihrer Tante Emma Müller-Vogt mitbekommen, der Gattin des späteren Bundesrates Eduard Müller, die als Schweizer Suffragette in die Geschichte einging. Schon als Schulkind besuchte sie einen Vortrag von Bertha von Suttner. Später in ihrer Berliner Zeit lernte sie viele Frauen kennen, die sowohl für den Frieden wie für das Frauenstimmrecht kämpften.

Am Friedenskongress im April 1915 in Den Haag waren aus verschiedenen Gründen keine Schweizerinnen vertreten. Danach jedoch war Gertrud Woker wesentlich daran beteiligt, dass Bundespräsident Motta und Aussenminister Hoffmann eine Delegation des Friedenskongresses mit der späteren Friedensnobelpreisträgerin Jane Addams empfingen. Zuhilfe kamen ihr dabei ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zu Bundesrat Eduard Müller (siehe oben).

Von da an war Gertrud Woker aktiv in der internationalen Frauenfriedensbe-

wegung tätig. An internationale Anlässe konnte sie vorläufig kaum gehen, zu sehr wäre ihr Institut an der Universität Bern durch Abwesenheiten gefährdet gewesen. Aber zusammen mit Clara Ragaz war sie eine der prägenden Schweizerinnen beim Aufbau der WILPF. Dass in den Namen der Frauenliga neben dem Frieden auch die Freiheit aufgenommen wurde, dürfte stark dem Einfluss von Gertrud Woker zuzuschreiben sein.

Kampf gegen den Missbrauch der Wissenschaft für Kriegszwecke

Im Laufe des Krieges wurde die Forschung für Giftgas in allen Ländern stark vorangetrieben, selbst die Universität Bern blieb davon nicht verschont. Der Kampf gegen den Missbrauch der Wissenschaft für Kriegszwecke wurde fortan zu Wokers Lebenszweck. Sie hat das Komitee gegen den wissenschaftlichen Krieg im Rahmen der WILPF vorangetrieben, inhaltlich auf höchstem wissenschaftlichen Stand gehalten und über Jahrzehnte präsidiert.

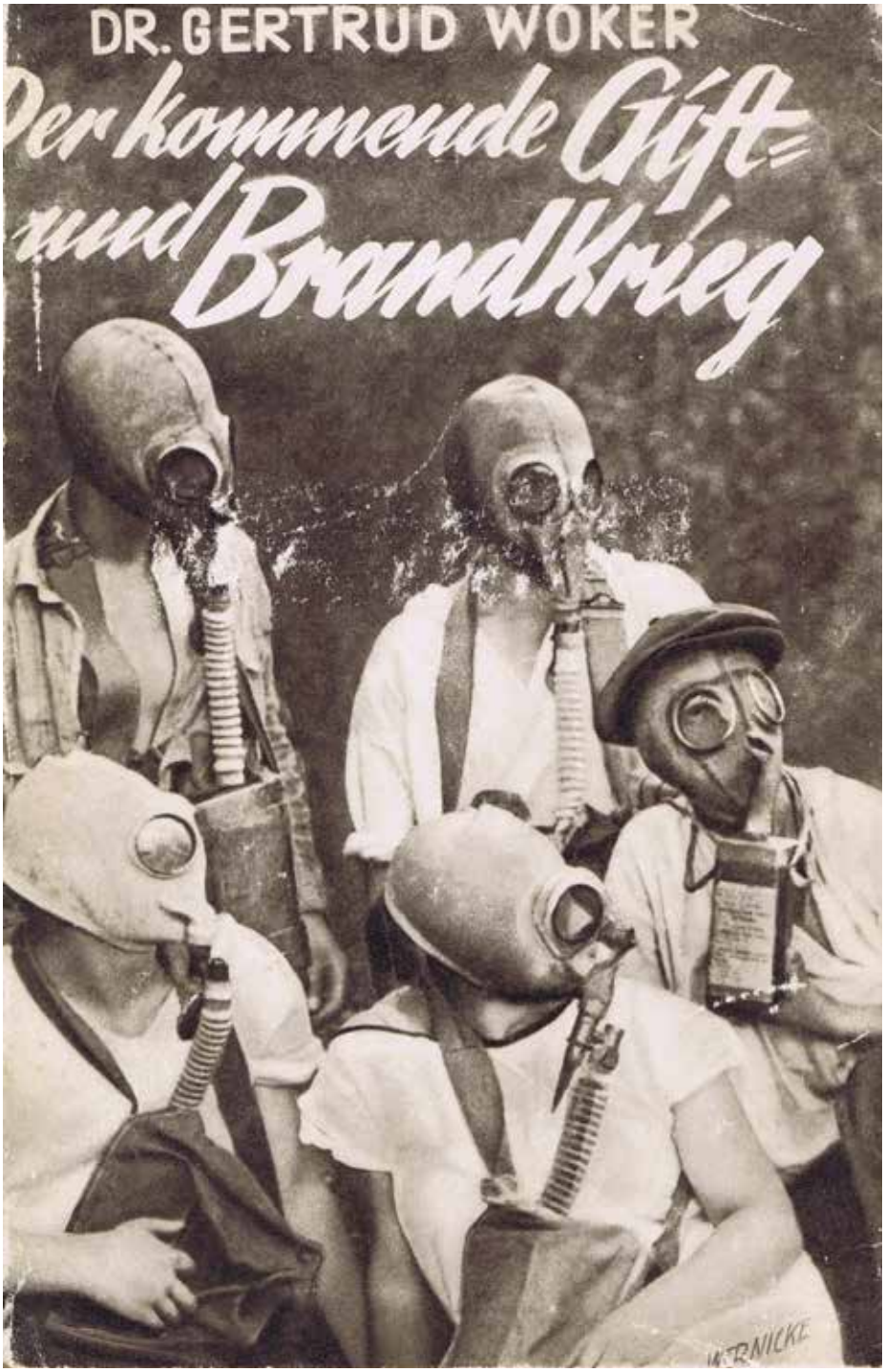
Für das Sommersemester 1924 liess sich Gertrud Woker an der Universität Bern beurlauben und ging auf eine Reise in die USA. Sie nahm am Kongress der WILPF in Washington teil, danach reiste sie mit dem «Pax Special», einem Sonderzug, kreuz und quer durch die USA und sogar nach Kanada. Dort nutzte sie die Gelegenheit, ein Versuchsgelände der US-Armee für chemische Waffen zu besuchen, wo der Gruppe ungeniert Chemiewaffentests gezeigt wurden. Nach verschiedenen kleinen Schriften erschien 1925 Wokers Schrift über den Gaskrieg.

Würdig für den Chemie-Nobelpreis

Ohne die systematische Arbeit der WILPF gegen die Chemiewaffen wäre es 1925 nicht zur Unterzeichnung des Genfer Protokolls gegen Chemiewaffen gekommen. Auch wenn es nicht verhindern konnte, dass es weiterhin zum Einsatz von Giftgas gekommen ist, war es doch ein unumgänglicher Schritt hin zur Chemiewaffenkonvention von 1993. Diese Errungenschaft hat Gertrud Woker nicht mehr erlebt, sie ist 1968 90-jährig gestorben. Die letzten zwei Lebensjahre hat sie in einer Nervenheilanstalt am Neuenburgersee verbracht. Doch bis fast zuletzt setzte sie sich gegen die ABC-Waffen ein.

In der Leitner-Biografie kommt übrigens Harald Woker nur als der kleine Bruder von Gertrud vor. Im realen Leben war er Rechtsanwalt und ein Mitglied des Oltener Aktionskomitees für den Generalstreik von 1918.

Gertrud Wokers Forschungsarbeiten kann ich fachlich nicht beurteilen. Beeindruckend erscheinen sie mir allemal. So hat sie bereits 1917 (!) auf die Gefahren des verbleiten Benzins aufmerksam gemacht, ein Verdienst, das offenbar bewusst unterschlagen wurde. Als Mann hätte sie nicht nur von viel besseren Arbeitsbedingungen profitieren können, sondern wäre wohl auch für den Chemie-Nobelpreis vorgeschlagen worden.



1 Dr. Gertrud Woker: **Der kommende Gift- und Brandkrieg und seine Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung**. Ernst Oldenburg Verlag, Leipzig 1932, 6. Auflage, 280 Seiten. Die erste Ausgabe erschien unter dem Titel *Der kommende Giftgaskrieg / Im Auftrage der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit*; sie hatte einen Umfang von 98 Seiten.

2 Gerit von Leitner: **Wollen wir unsere Hände in Unschuld waschen?** Gertrud Woker (1878–1968), Chemikerin & Internationale Frauenliga 1915–1968. Weidler Buchverlag, Berlin 1998, 440 Seiten. Einen kürzeren Überblick des Lebenswegs von Gertrud Woker gibt der Aufsatz von Gerit von Leitner: *Frauenraum Naturwissenschaften? Clara Immerwahr und Gertrud Woker*; erschienen in: **Friedensentwürfe: Positionen von Querdenkern des 20. Jahrhunderts**, Agenda Verlag, Münster 1995.

Heftige Kritik von rechts

In unregelmässigen Abständen legt der Bundesrat der Bundesversammlung einen Bericht vor, der aus seiner Sicht die Grundlinien für die schweizerische Sicherheitspolitik der nächsten Jahre beschreibt. Die eidgenössischen Räte können diesen zur Kenntnis nehmen oder auch ablehnen (was noch nie geschah). Direkte gesetzliche Auswirkungen hat er nicht, was nicht heisst, dass er nicht bedeutsam ist, denn er dient als Grundlage und Begründung des staatlichen Handelns auf diesem Gebiet.

Die letzte Auslegeordnung stammt aus dem Jahr 2010. Der neuste Entwurf des Bundesrates datiert vom 26. Oktober 2015, begründet wird er damit, dass sich die sicherheitspolitische Lage in den letzten Jahren markant verändert habe: «Dies gilt insbesondere für das im Zuge der Ukraine-Krise nachhaltig verschlechterte Verhältnis zwischen dem Westen und Russland, die Verschärfung der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus sowie das Ausmass an illegalen Aktivitäten und Missbrauch im Cyber-Raum.» Eine besondere Herausforderung für die Sicherheit der Schweiz liegt gemäss Bericht in der Kombination und Verkettung von verschiedenen Bedrohungen und Gefahren.

Völlig gegensätzliche Einigkeit

Der Bundesrat betont, dass wie immer nicht nur sämtliche Departemente des Bundes sowie die Bundeskanzlei an dessen Ausarbeitung beteiligt waren, sondern auch die Kantone von Anfang an einbezogen wurden. Der Bericht kommt also beileibe nicht einfach aus der Küche des VBS, sondern will eine politische Gesamtschau bieten. Die Reaktionen von Militärverbänden und rechten Parteien war in der Vernehmlassung eindeutig ablehnend, sie wollen auf Rückweisung im Parlament plädieren, weshalb die Regierung nochmals über die Bücher gehen und eine überarbeitete Version statt auf die Frühjahrssession 2016 erst auf den Herbst dieses Jahres vorlegen will.

Zwar ist die Analyse des sicherheitspolitischen Umfeldes im Bericht bei allen, die sich vernehmlassen liessen, weitgehend unbestritten. Doch bei der Ausrichtung und Umsetzung der Sicherheitspolitik wird fundamentale Kritik geübt, wenn auch aus unterschiedlichen, oft entgegengesetzten Gründen. Das wundert bei der Jungen SVP und der GSOA nicht weiter, die im Übrigen recht

Der Friedensrat zum Sicherheitsbericht 2016

Ausrichtung auf kollektive Si

Der neue Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz von 2016 ist in der Vernehmlassung vor allem von der SVP und Militärverbänden auf heftige Kritik gestossen, weshalb ihn die Regierung noch überarbeiten will (siehe linke Spalte). Im Folgenden dokumentieren wir die Stellungnahme des Schweizerischen Friedensrates vom 11. März 2016, der für eine Stärkung der kollektiven Sicherheit im Rahmen der UNO plädiert.

/ SFR /

Der Friedensrat begrüsst es, dass der vorliegende Entwurf wie schon der Bericht von 2010 zwar von einem breiten Verständnis von Sicherheitspolitik ausgeht, aber nicht die gesamte Politik dem Primat der Sicherheitspolitik unterwerfen will, wie es in der Zeit des Kalten Krieges mit der «totalen Landesverteidigung» geschehen ist – die dann sprachlich zur «Gesamtverteidigung» geschönt wurde.

Sicherheitspolitik ist eine wichtige staatliche Aufgabe, aber sie ist nur eine unter verschiedenen und darf nicht gegenüber anderen Bereichen privilegiert werden. Deshalb finden wir es unzulässig, dass bereits in der Einleitung – ohne jegliche Begründung – die Zahl von 100'000 Armeeangehörigen und ein Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken pro Jahr festgeschrieben wird.[1] Die Dotierung der Armee mit personellen und finanziellen Mitteln hat in Abwägung aller staatlichen Aufgaben zu erfolgen. Eine derartige Privilegierung der Armee ist nicht gerechtfertigt.

Neuausrichtung der Zielsetzung

Wir wünschen, dass der Bericht mit einem Titel versehen wird, der seine Zielsetzung charakterisiert, und schlagen dafür «Stärkung der kollektiven Sicherheit im Rahmen der UNO» vor, mit entsprechender Ausrichtung des Berichts. Die Titel der bisherigen Berichte machen den Wandel in der Sicherheitspolitik deutlich: 1973 «Konzeption der Gesamtverteidigung», 1990 «Sicherheitspolitik im Wandel» und 1999 «Sicherheit durch Kooperation». Leider tragen die Berichte von 1979 und 2010 keinen Titel.[2]

Anderthalb Jahrzehnte, nachdem der Beitritt zur UNO 2002 endlich zustande gekommen ist, scheint es uns höchste Zeit zu sein, dies auch in der Sicherheitspolitik nachzuvollziehen. Die Schweiz hat sich als einer der letzten Staaten der Weltgemeinschaft angeschlossen; umso wichtiger ist es, dass sie sich für die Umsetzung ihrer Ziele engagiert. In der Sicherheitspolitik heisst dies, «künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren» (Präambel)[3]. Und das zentrale Instrument dafür ist die kollektive Sicherheit.

Frieden für die Welt als Ganzes

Die Umschreibung der Zielsetzung der Sicherheitspolitik auf Seite 51 im Entwurf[4] ist uns zu egozentrisch und zu wenig auf das Wohl der Weltgemeinschaft ausgerichtet. Frieden kann es letztlich nur für die Welt als Ganze und die Menschheit insgesamt geben. Als Zielsetzung für die schweizerische Sicherheitspolitik möchten wir deshalb Absatz 1 von Artikel 1 der UNO-Charta übernehmen. Dafür schlagen wir folgende Formulierung vor:

Die schweizerische Sicherheitspolitik trägt dazu bei, «den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmassnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen».

Über die Sicherheitspolitik hinaus

Schon der Schluss von Absatz 1 der UNO-Charta weist über die Sicherheitspolitik hinaus und macht deutlich, dass es andere Anstrengungen als Sicherheitspolitik braucht, um Frieden zu schaffen. Die Absätze 2 und 3 legen dar, was getan werden muss, um eine friedliche Welt aufzubauen.[5] Sie machen auch deutlich, dass Sicherheitspolitik erst

cherheit, please

dann zum Zug kommt, wenn Friedensförderung nicht erfolgreich gewesen ist.

Dementsprechend sind wir der Auffassung, dass auch die schweizerische Sicherheitspolitik umzubauen ist. Zwar hat sie bereits ihre absolut dominierende Stellung verloren, die sie mit der Gesamtverteidigung in der Zeit des Kalten Krieges hatte, aber sie geniesst nach wie vor eine privilegierte Behandlung. Sie muss der Aussenpolitik untergeordnet werden, und entsprechend des realen Stellenwerts lässt sich längerfristig ein Verteidigungsdepartement nicht mehr rechtfertigen. Ein Bundesamt im Rahmen des EDA scheint uns angemessen. So kann sichergestellt werden, dass Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in erster Linie zum Zuge kommen.

Umbau von der Sicherheitspolitik zur Friedensförderung

Aus unserer Sicht muss dieser Umbau mit einer massiven Verlagerung der finanziellen Mittel von der Sicherheitspolitik zu Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe einhergehen. So kann die Schweiz mehr zu einer friedlicheren Welt beitragen. Zugleich sollte die Schweiz ganz auf den Export von Kriegsmaterial und sogenannten Dual-Use-Gütern für militärische Zwecke verzichten. Ebenso ist die direkte und indirekte Finanzierung von Rüstungsgütern bzw. der Rüstungsindustrie zu verbieten.

Die oben beschriebene Umkehrung der Prioritäten heisst allerdings nicht, dass Sicherheitspolitik keine Bedeutung mehr hat. Aber sie ist auf die kollektive Sicherheit im Rahmen der UNO und ihrer regionalen Organisationen – für Europa die OSZE – auszurichten. Dies bedingt eine Armeereform, bei der der autonome Verteidigungsfall die grosse Ausnahme darstellt und die Normalität Einsätze im Rahmen der Friedenssicherung von Missionen der UNO und der OSZE sind. Die heute geltenden Beschränkungen für solche Einsätze sind aufzuheben, sowohl was die Anzahl von Angehörigen der Armee betrifft, wie auch die Nichtbeteiligung an Kampfeinsätzen. Die Schweiz soll sich auch dort einsetzen, wo die schlimmsten Verletzungen der Menschenrechte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit stattfinden.

Kein Problem mit der Neutralität

Ein Problem mit der Neutralität gibt es dabei nicht. Das hat der Bundesrat schon in der Botschaft zum Beitritt der Schweiz zur UNO im Jahr 2000 klargestellt: «Sowohl die Unterstützung von UNO-Operationen als auch die aktive Teilnahme daran ist mit unserer Neutralität vereinbar. Das Neutralitätsrecht findet nur auf militärische Auseinandersetzungen zwischen Staaten Anwendung. (...) Die UNO handelt nicht als Kriegspartei, sondern als durch das Völkerrecht legitimierte Ordnungsmacht.

(...) Die UNO geht im Auftrag der Völkergemeinschaft gegen jene vor, die den Weltfrieden gebrochen haben oder ihn gefährden. Zwischen der UNO und diesen Parteien kann gar keine Situation entstehen, die mit dem Neutralitätsstatut der Schweiz nicht zu vereinbaren ist. Wer sich in solchen Fällen nicht hinter die Ordnungsmacht stellt, stellt sich auf die Seite des Aggressors. Selbst eine bewaffnete Teilnahme der Schweiz an einer UNO-Friedensmission steht mit der Neutralität der Schweiz im Einklang.»[6]

Unterstützung der Kandidatur für einen Sitz im Sicherheitsrat

Der Zeitrahmen für die Umsetzung der hier skizzierten Umorientierung der Sicherheitspolitik und den entsprechenden Umbau der Armee ist klar vorgegeben: 2023. Die vom Bundesrat angestrebte Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat unterstützen wir vorbehaltlos.[7] Sie gewinnt an Bedeutung, wenn die schweizerische Sicherheitspolitik eindeutig auf die kollektive Sicherheit im Rahmen der UNO ausgerichtet ist. Zugleich gewinnt das Engagement der Schweiz für eine UNO-Reform an Gewicht und Glaubwürdigkeit, wenn sie bereit ist, nicht nur Veränderungen einzufordern, sondern auch sich ganz anders als bisher an der Friedenssicherung zu beteiligen.

Das Konzept der «Responsibility to Protect» (R2P)[8] ist teilweise in Misskredit geraten, weil der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, dass es für gewisse Mächte zum bequemen Vorwand für Interventionen im eigenen Machtinteresse geworden ist. Das geht auf Kosten jener Schutzbedürftigen, die dringend

Fortsetzung Seite 20

ausführlich geantwortet haben, die einen plädieren für eine stärkere Armee, die andern für deren Abschaffung, aber beide wenden sich gegen jegliche internationale Ausrichtung, wobei sich etwa die Jungspunde der SVP vehement gegen die geplante Bewerbung der Schweiz für einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat aussprechen und die GSOA grosse Vorbehalte dazu anmeldet.

Von den Kantonen will einzig der Kanton Genf den Bericht völlig zurückweisen, von den Parteien fordern dies die FDP und SVP, von den Verbänden neben der GSOA die Auns, der Gewerbeverband, die Landeskonferenz der militärischen Dachverbände, Pro Militia, und als wichtigster die Offiziersgesellschaft (SOG). Die CVP und die BDP unterstützen den Bericht grundsätzlich und beschränken sich auf punktuelle Anliegen.

Doch während die einen einen stärkeren Fokus auf die Selbstständigkeit und Neutralität verlangen (SVP) und die anderen gerade Vorbehalte gegenüber der Eigenständigkeit haben (FDP), verlangt die SP einen markanten Ausbau der internationalen Kooperation. Die Grünen haben sich keine Mühe gegeben, sich vernehmen zu lassen. Differenziert hat sich der Friedensrat geäussert, wir dokumentieren hier seine Eingabe.

Sicherheitsstudie 2016

Und was meint die Bevölkerung zum Ganzen? Sie beurteilt die weltpolitische Lage pessimistisch. Das Sicherheitsempfinden ist signifikant gesunken, und Schweizerinnen und Schweizer blicken der Zukunft der Schweiz pessimistischer als im Vorjahr entgegen. Das Vertrauen in Behörden und Institutionen, insbesondere in sicherheitsgenerierende Organe wie Polizei, Gerichte und Armee, ist gestiegen und überdurchschnittlich hoch. Die Auffassung, die Armee zugunsten der Polizei einzusetzen sowie den Terrorismus stärker als bisher zu bekämpfen, findet bei der Stimmbevölkerung grossen Zuspruch.

Dies zeigen zumindest die Resultate der Studie «Sicherheit 2016» der Militärakademie an der ETH Zürich und des Center for Security Studies daselbst. Im Vergleich zu den früheren Erhebungen zeigt sich 2016, dass das Schweizer Elektorat der Sicherheit gegenüber der Freiheit leicht stärker den Vorrang gibt. Schweizerinnen und Schweizer unterstützen nach wie vor die Neutralität sehr stark und zeigen sich weniger öffnungsbereit als 2015. *(pw)*

Fortsetzung von Seite 19

auf den Schutz der Völkergemeinschaft angewiesen sind. Mit ihrem Engagement für UNO-Friedensmissionen und die UNO-Reform kann die Schweiz auch einen wesentlichen Beitrag zur ‹Rehabilitation› der Responsibility to Protect leisten.

Flüchtlinge sind kein Sicherheitsfall

Wir haben schon betont, dass Sicherheitspolitik erst subsidiär zum Einsatz kommen soll, wenn mit Friedensförderung, wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und anderen Mitteln gemäss Absatz 2 und 3 von Artikel 1 der UNO-Charta kein Frieden erreicht werden kann. Insbesondere Flüchtlingspolitik ist für uns kein Fall für die Sicherheitspolitik. In Ländern, in denen Krieg geführt wird, kann und sollte gegebenenfalls mit UNO-Friedensmissionen interveniert und der Krieg beendet werden. Aber Flüchtlinge brauchen Schutz und Unterstützung und ihre Menschenrechte müssen geachtet werden. Das ist mit Mitteln der Sicherheitspolitik nicht adäquat erreichbar.

Ähnliches gilt für die Migration generell. Die Zweikreisepolitik der Schweiz mit der Personenfreizügigkeit mit den EU- und assoziierten Ländern und der grundsätzlichen Unerwünschtheit der Menschen aus dem Rest der Welt führt zu strukturellem Rassismus und missachtet die Menschenwürde dieser Menschen. Eine Lösung muss auf der Basis der Menschenrechte gefunden werden. Diese Thematik sprengt den Rahmen des Berichts zur Sicherheitspolitik; hier genügt es festzuhalten, dass Migration kein sicherheitspolitischer Fall ist.

Freiwilligen Zivildienst einführen

Im Entwurf für den sicherheitspolitischen Bericht wird auf den Bericht zur Dienstpflicht hingewiesen, der auf Ende 2015 erwartet werde.[9] Seine Folgerungen hätten eigentlich auch in den Bericht einfliessen sollen. Die deutliche Verspätung des Berichts lässt darauf schliessen, dass es innerhalb der Studiengruppe erhebliche Differenzen gibt. Das gibt zur Befürchtung Anlass, dass es keine breit abgestützten Vorschläge zur Zukunft des Dienstpflichtsystems geben wird. Wir gehen davon aus, dass die Studiengruppe nicht von unseren Vorschlägen für den Umbau der Armee ausgeht und dementsprechend an der Wehrpflicht festhält – auch angesichts der nicht lange zurückliegenden Volksabstimmung zu dieser Frage – bzw. allenfalls ihren Umbau zu einer allgemeinen Dienstpflicht vorschlägt. Schon in der Zeit des Kalten Krieges haben allerdings die Arbeiten von Studienkommissionen gezeigt, dass dies ein Irrweg ist.[10]

Für die von uns vorgeschlagene Ausrichtung der Armee mit dem Schwergewicht auf Einsätzen in Friedensmissionen von UNO und OSZE macht die Wehrpflicht keinen Sinn. In solchen Einsätzen braucht es sehr gut qualifizierte und topmotivierte Persönlichkeiten. Deshalb ist die Wehrpflicht für die Männer aufzuheben. Damit würde auch die Rechtsgrundlage für den Zivildienst entfallen. Dieser hat jedoch seine Berechtigung und Notwendigkeit zur Genüge unter Beweis gestellt und ist in veränderter Form aufrechtzuerhalten. Wir verweisen dazu auf das Konzept des «Freiwilligen Zivildienstes», das der Zivildienstverband CIVIVA, der SCI (Service Civil International) und der Schweizerische Friedensrat gemeinsam erarbeitet haben.[11] Auch für die Betreuung von Flüchtlingen scheint uns dieser freiwillige Zivildienst viel besser geeignet als die Armee oder der Zivilschutz. Deshalb sollten die rechtlichen Grundlagen für seine Einführung geschaffen werden.

Schlussbemerkung

Den Klimawandel wollen wir nicht als Thema für die Sicherheitspolitik behandelt sehen, auch wenn es Berührungspunkte gibt. Es ist im Interesse eines normalen Lebens, die Existenzgrundlagen der Menschheit nicht so zu beschädigen, dass daraus gewaltsame Konflikte und Kriege entstehen. Und beispielsweise macht die Förderung der Gewinnung von alternativen Energien – die dezentral erfolgt und auch lokal oder regional verwendet werden kann – zunehmend die weiträumige Stromverteilung mit Hochspannungsleitungen überflüssig. Das reduziert nicht nur generell die Störungsanfälligkeit, sondern auch die Gefährdung durch böswillige Attacken, was wiederum zur Entlastung der Sicherheitspolitik beiträgt.

Anmerkungen

1 Sicherheitspolitischer Bericht 2016 (Entwurf), Seite 3.

2 Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Konzeption der Gesamtverteidigung) vom 27. Juni 1973.

Zwischenbericht zur Sicherheitspolitik vom 3. Dezember 1979.

Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel. Bericht 90 des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990.

Sicherheit durch Kooperation. Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999.

Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 23. Juni 2010.

3 Charta der Vereinten Nationen.

4 «Die schweizerische Sicherheitspolitik hat zum Ziel, die Handlungsfähigkeit, Selbstbestimmung und Integrität der Schweiz und ihrer Bevölkerung sowie ihre Lebensgrundlagen gegen Bedrohungen und Gefahren zu schützen und einen Beitrag zu Stabilität und Frieden jenseits der Grenzen zu leisten.»

5 Abs. 2 und 3 von Art. 1 der UNO-Charta:
2) freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Massnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3) eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;

6 Botschaft über die Volksinitiative «Für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)» vom 4. Dezember 2000.

7 Die Kandidatur der Schweiz für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Periode 2023–2024. Bericht des Bundesrates vom 5. Juni 2015 in Erfüllung des Postulats der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 15. Januar 2013.

8 Siehe dazu die Website der UNO: www.un.org/en/preventgenocide/adviser/responsibility.shtml, und jene der International Coalition for the Responsibility to Protect: www.responsibilitytoprotect.org.

9 Insbesondere in der Aufstellung auf Seite 77.

10 Als Beispiel verweisen wir auf den Bericht der SKAD: Schlussbericht der Studienkommission Allgemeine Dienstpflicht (SKAD) zur Frage, ob die Wehr- und Schutzdienstpflicht durch eine Allgemeine Dienstpflicht abgelöst werden soll, 20. August 1996, Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Bern.

11 Freiwilliger Zivildienst. Visionen und Umsetzung. Grundlagendokument. Projektgruppe SCI, CIVIVA, SFR, April 2014, 14 Seiten; bei den Organisationen erhältlich.

Internationales Workcamp in Berlin und Büchel: Atomwaffenfrei jetzt!

Vom 25. Juli bis zum 10. August laden der Internationale Versöhnungsbund –Deutscher Zweig und die Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren zu einem internationalen Workcamp ein. Es startet in der Hauptstadt Berlin und endet am Atomwaffenstandort Büchel. Mit Straßentheater und Kunstaktionen begleitet das Workcamp eine Fastenkampagne für eine Welt ohne Atomwaffen.

Auch Schweizer Teilnahme erwünscht! Infos und Anmeldung (möglichst bis zum 1. Juli 2016) unter www.versoehnungsbund.de oder Ueli Wildberger, Tel. 044 242 20 59, Mail ueliw@mhsmail.ch.

6. Gross-Singen La Paz Cantamos am 3. September 2016 in Bern

12.30 – 14.15 Uhr: Gemeinsame Einstimmung und Singen aller Lieder in der Heiliggeistkirche beim Hauptbahnhof Bern (Ankommen ab 12.15 h)

15.30 – 16.45 Uhr: Cantellón / Gross-Friedens-Singen auf dem Münsterplatz

StimmVolk.ch freut sich auf ein sechstes fröhlich-besinnliches Singmeer auf dem Berner Münsterplatz – bei den fünf bisherigen Friedens-GrossSingen waren wir jeweils an die 1000 Frauen, Männer und Kinder, die gemeinsam unverstärkt den Münsterplatz zum Klingen brachten. Belebtere Lieder liessen die Freude spüren, langsamere luden ein zu Besinnlichkeit und Meditation. Das Besondere war, dass wir ausser einer kleinen, improvisiert aufgebauten Bühne ohne jegliche Infrastruktur, auch ohne Verstärkung auskamen. Eine kecke Utopie lebt weiter!



Sei auch Du dabei beim Aufbau einer neuen Sing-Friedens-Bewegung und erlebe den Stadtruf und den Jodel vom Münsterturm! Pina Dolce wird zum zweiten Mal den Klang der Lieder in gemalte Bilder umsetzen. Und die neun selbstgemalten Regenbogenfahnen werden zum vierten Mal das gemeinsame Singen mittragen und den Platz noch farbiger machen.

Nähere Informationen: http://stimmvolk.ch/gross-singen-_1_214.html. Hier sind auch alle Lieder aufgeführt, mit Liedtexten, Hörproben von Einzelstimmen, und mehr … Fotos, Videos und Links zu früheren Gross-Singen auf www.stimmvolk.ch!

Sept 2016 – Aug 2017, Certificate of Advanced Studies

Civilian Peacebuilding

swisspeace

University of Basel

Course Topic
Civilian Peacebuilding plays a crucial role in efforts to transform violent conflict, promote peace, rebuild war-torn societies and prevent the recurrence of violence. This postgraduate course provides a holistic understanding of Civilian Peacebuilding. It analyzes theories, concepts, debates, policies and practices in:
- Peacebuilding & statebuilding
- Gender in conflict & peacebuilding
- Peacebuilding methodologies
- Peace mediation
- Dealing with the past & transitional justice
- Business, conflict & peace

Participants will:
- Reflect critically on peacebuilding practices
- Link theoretical and conceptual inputs with their work activities
- Acquire peacebuilding skills and tools
- Benefit from a wide network of peacebuilding professionals

Course methodologies include expert inputs, peer exchange, case studies, skills training and self-study.

Target Audience
The course is designed for practitioners and academics interested in bridging their own experiences with current conceptual insights and practical knowledge on civilian peacebuilding.

Faculty
Leading scholars and experienced practitioners facilitate this course.

Dates and Venue
The course starts in September 2016 (21 course days). It can be completed over one or two years.
On-site classes take place once a month on Fridays and Saturdays at the University of Basel, Switzerland; two trainings take place from Wednesday till Friday.
The registration deadline is 30 June 2016.

Certification
Successful participants are awarded a Certificate of Advanced Studies. This course can be taken as one module of the Diploma and Master of Advanced Studies in Civilian Peacebuilding programs offered by swisspeace and the University of Basel.

Contact
Please visit swisspeace.ch/courses or contact academy@swisspeace.ch for more information.

Host
swisspeace is a practice-oriented peace research institute. It analyses the causes of violent conflicts and develops strategies for their peaceful transformation. swisspeace aims to contribute to the improvement of conflict prevention and conflict transformation by providing spaces for analysis, discussion, critical reflection and learning.

Photo: Illustrations on the walls in Sanaa, Yemen as part of 'peace and dialogue' demands. Getty Images, 2015





NATO-Gipfel sollte Entspannungsdynamik mit Russland einleiten

Der Nato-Gipfel im Juli in Warschau

Abbau, Fortsetzung oder gar Verschärfung der Konfrontationspolitik mit Russland – vor dieser Alternative steht der kommende NATO-Gipfel Anfang Juli in Warschau.

/ Andreas Zumach /

Die polnischen Gastgeber rufen am lautstärksten nach einer Verschärfung der Konfrontation, die noch über die bereits vom letztjährigen Gipfel in Wales beschlossenen Massnahmen hinausgehen sollen. Damals hatten die Staats- und Regierungschefs der 28 NATO-Staaten bereits die Bildung von schnellen Eingreiftruppen von zunächst 5000 Soldaten («Speerspitze») beschlossen, die bei Annahme einer akuten Bedrohung durch Russland schnell in die osteuropäischen Mitgliedstaaten verlegt werden sollen.

Darüber hinaus haben die USA zwischenzeitlich unilaterale Massnahmen zur Verlegung von schweren Waffen und amerikanischen Soldaten nach Osteuropa angekündigt. Doch der Regierung in Warschau reicht dies alles nicht. Sie fordert, und etwas zurückhaltender verlangen dies auch die Regierungen der drei baltischen Staaten in Warschau, die dauerhafte Stationierung von NATO-Truppenverbänden und Waffen in den osteuropäischen Mitgliedstaaten. Diese Massnahme wäre ein klarer Verstoss nicht nur gegen den Geist, sondern auch gegen die Buchstaben der 1997 zwischen der damals noch rein westlichen Militärallianz und Russland vereinbarten Grundakte, in deren praktischen Umsetzung dann 2002 der NATO-Russland-Rat etabliert wurde.



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger **FRIEDENSZEITUNGS**-Autor.

Gebrochene Versprechen der Nato

Mit der Grundakte von 1997 wollte die NATO Moskaus Bedenken gegen die Osterweiterung der Allianz beschwichtigen, die beschlossen und vollzogen wurde unter Bruch des Versprechens, mit dem die deutsche Bundesregierung von Kanzler Helmut Kohl und Aussenminister Hans-Dietrich Genscher sowie die US-Regierung von Präsident George Bush sen. und Aussenminister James Baker im Februar 1990 die Zustimmung des russischen Präsidenten Michail Gorbatschow zur deutschen Wiedervereinigung erlangt hatten. Doch dieser Beschwichtungsversuch der NATO ist gescheitert. Wer das all die Jahre seit der vollzogenen Osterweiterung der NATO nicht wahrhaben wollte, wurde spätestens durch den Ukraine-Konflikt eines Besseren belehrt.

Die deutsche Bundesregierung von Kanzlerin Angela Merkel und Aussenminister Frank-Walter Steinmeier ist unter den Regierungen der 28 NATO-Mitglieder die stärkste Befürworterin einer Wiederannäherung an Moskau und des Abbaus statt einer Verschärfung der Konfrontationspolitik. Allerdings wird diese Linie manchmal von den Aufrüstungsankündigungen der profilneurotischen Militärministerin und Kanzleramtsaspirantin von der Leyen torpediert.

Konfrontationskurs gescheitert

Doch abgesehen von der Militärministerin und einigen unverbesserlichen antirussischen Ideologen sowie von der Rüstungsindustrie bezahlten Lobbyisten in Parlament, Medien, Parteistiftungen und aussenpolistischen Denkfabriken hat sich in Berlin inzwischen die Einsicht durchgesetzt, dass der im Frühsommer 2014 von der NATO eingeschlagene Konfrontationskurs gegenüber Moskau gescheitert ist: Weder die Aussetzung des NATO-Russlandrates und die Suspendierung der russischen Mitgliedschaft in der G-8 noch die von den USA und der EU verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Moskau haben die Regierung Putin zur Korrektur ihrer Ukrainepolitik bewegen können.

Deshalb war es ein richtiger erster Schritt, dass die NATO – ganz wesentlich auf Betreiben der deutschen Bundesregierung – im April erstmals seit zwei Jahren wieder Beratungen mit Russland



70 Jahre UNO – eine Bilanz

Bereits in der zweiten Auflage erschienen: Andreas Zumach liefert in seinem Buch zum letztjährigen 70. Jubiläum der Vereinten Nationen «Globales Chaos – machtlose UNO» eine kritische Bilanz der Weltorganisation wie eine beherzte Verteidigung der Institution. Wir haben in unserer Ausgabe vom März 2015 ein Dossier mit Auszügen zu den wichtigsten Kapiteln gebracht. In die zweite, aktualisierte Auflage sind die aktuellen Entwicklungen in Syrien bis zum Dezember 2015 eingeflossen. Ein gut verständliches Kompendium über die UNO, das deren wechselvolles Wirken und künftige Möglichkeiten aufzeigt. Sehr empfehlenswert!

Andreas Zumach: **Globales Chaos – machtlose UNO**. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden? Klappenbroschur, Rotpunktverlag, Zürich 2015, 264 Seiten, Fr. 24.–

im Rahmen des NATO-Rates geführt hat. Auf – wenn auch viel zu leise – Unterstützung stösst die Haltung der Berliner Regierung in Belgien, Griechenland, Spanien und Italien.

Eskalationsdynamik umkehren

Doch dieser erste Schritt der Wiederbelebung des NATO-Russlandrates reicht bei Weitem nicht aus, um die Eskalationsdynamik der letzten zwei Jahre wirklich zu beenden und umzukehren. Diese Eskalationsdynamik hat inzwischen ein gefährliches Niveau und eine Eigenlogik erreicht, die immer mehr an den Kalten Krieg erinnern. Das gilt für die operativen Massnahmen im militärischen Bereich (Manöver, Truppenverlegungen, gezielte Provokationen z.B. durch Luftraumverletzungen) und die konventionellen wie atomaren Aufrüstungsprojekte auf beiden Seiten ebenso wie für die Sprachmuster der gegenseitigen Vorwürfe und Bedrohungshauptungen, mit denen die eigenen militärischen Eskalationsmassnahmen begründet werden.

Die NATO könnte auf ihrem Warschauer Gipfel einiges tun, um die negative Eskalationsspirale im Verhältnis zu Russland zu beenden. Eine eindeutige Entscheidung, dass die vom Gipfeltreffen 2008 beschlossene Option für einen Beitritt der Ukraine, Georgiens und Moldawiens nicht mehr besteht, wäre ein sehr wichtiges Entspannungssignal an Moskau. Auch der im Vorfeld des Gipfels von verschiedener Seite geforderte Beschluss zur Aufnahme Montenegros sollte nicht erfolgen.

Derartige Signale der NATO könnten Moskau zu einem Ende der hybriden Kriegsführung in der Ukraine bewegen. Um die seit Beginn des Konflikts um die Ukraine im Frühjahr 2014 ständig wachsende Gefahr ungewollter militärischer Zusammenstösse zu verringern, sollte die NATO Moskau ein Moratorium für Manöver beider Seiten in der Ostsee, im Schwarzen Meer sowie im grenznahen Luftraum vorschlagen.

Das KSE-Abkommen retten

Hilfreich für einen Entspannungsprozess wären auch Moratoriums- oder Verhandlungsvorschläge für die geplanten oder bereits angelaufenen Aufrüstungsprojekte beider Seiten im atomaren und konventionellen Bereich sowie über die Vereinbarung dauerhaft militärfreier Zonen beiderseits der Landgrenzen zwischen Russland und den osteuropäischen NATO-Staaten. Auf diese Weise liesse sich das 1990, zum Ende des Kalten Krieges, zwischen der NATO und dem damals noch existierenden Warschauer Pakt vereinbarte Abkommen über die Reduzierung und Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE) noch retten.

In diesem Abkommen wurden Obergrenzen festgelegt für schwere Waffen (Panzer, Kampfflugzeuge und -hubschrauber, Artillerie) sowie für die Zahl von Soldaten, die in bestimmten Regionen des Vertragsgebietes vom Atlantik bis zum Ural stationiert werden dürfen. Gegen den Geist oder gar den Buchstaben des KSE-Abkommens verstösst Russland bereits seit einigen Jahren in den Grenzgebieten zu Georgien sowie aktuell mit den Truppenverlagerungen der letzten zwei Jahre in Richtung ukrainische Grenze. Auch die von der NATO angekündigte Stationierung schneller Eingreiftruppen auf den Territorien Polens und anderer osteuropäischer Mitgliedsländer der Allianz wären eine Verletzung des KSE-Abkommens.

Die Krim-Frage ist nicht erledigt

Mit den genannten Entspannungsinitiativen könnte der NATO-Gipfel den russischen Präsidenten Putin, der in der eigenen Bevölkerung eine viel grössere Unterstützung für seine bisherige Ukrainepolitik hat als die Regierungen der NATO-Staaten, seinerseits zu Schritten der Deeskalation unter Wahrung des Gesichts bewegen. In der längerfristigen Perspektive eines solchen Entspannungsprozesses läge dann auch ein neues, diesmal von der OSZE oder der UNO durchgeführtes Referendum über die Zukunft der Krim, mit dem die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel durch Russland vom März 2014 wieder korrigiert würde.

Denn zu glauben, die Krimfrage wäre erledigt, ist eine törichte Illusion. Wird diese Streitfrage nicht durch ein von allen Seiten akzeptiertes Verfahren gelöst, wird sie die Beziehungen nicht nur zwischen Kiew und Moskau auf Dauer belasten, sondern auch zwischen Russland und der NATO. Entscheidend wäre, dass bei einem erneuten Referendum auch eine Option zur Wahl steht, über die die KrimbewohnerInnen im März 2014 gar nicht abstimmen konnten: der Verbleib der Krim im ukrainischen Staat, allerdings mit einem sehr weitgehenden Autonomiestatus. Damit ist nicht nur die Beibehaltung von Russisch als offizieller Amtssprache sowie kulturelle Autonomie gemeint, sondern auch das Recht, eigene Steuern zu erheben.

Freiwilligeneinsätze weltweit seit 1920



Olivenernte in Palästina, 2015

SCI Schweiz
Volunteering for Peace

Unterstütze soziale, kulturelle & ökologische Projekte für den Frieden!

www.volunteer.ch

Wir geben der Energiewende den nötigen Impuls! Machen wir 2016 zum historischen Wendepunkt – familienfreundlich und gewaltfrei.

MENSCHENSTROM GEGEN ATOM

Jetzt Beznau stilllegen

Sonntag, 19. Juni 2016

Auf einer längeren und zwei kürzeren Wanderrouten zur Schlusskundgebung mit Musik, Reden, Speis & Trank im Amphitheater Windisch/Brugg (AG).

www.menschenstrom.ch



FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES


FRIEDENSZEITUNG

Entspannung und Konfliktlösung oder noch mehr Krieg

Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die FRIEDENSZEITUNG:

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedensthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig


FRIEDENSZEITUNG

Dichtmachen gegen Flüchtlinge zu Wasser, zu Lande und in der Luft

❑ **Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr**

❑ **Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis**

Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch